

HAMBURG

Debatte

Nr. 2

Juni 2010

Schwerpunkt:
*Schul*lassenkampf

Inhalt:

Warum wir als Befürworter einer Schule für alle Ja zur Primarschule sagen müssen

Kontrovers: Ist es richtig, die Primarschulreform von Schwarz-Grün zu unterstützen?

Wer fragt die MigrantInnen, welche Bildung sie wollen?

Neuformierung des Rechtspopulismus

Brennende Vorstädte?

Welches gesellschaftspolitische Ziel soll Schulbildung verfolgen

Emanzipatorisches Potenzial

Ökonomisierung des Bildung

Warum Primarschule?

„Das Beste für mein Kind!“

„Als Unterling erkannt“

Kontrovers: Zurück zum Magister oder das Bachelor-Master-System reformieren?

Solidarische Emanzipation statt individueller Vermarktung:
Für ein gebührenfreies Studium

Offener Arbeitskreis Programm

Klassenkampf: Beispiel Schule

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

Klassenkampf findet statt, von oben: „Dass ein Arbeiterkind mit dem Kind eines Vorstandsvorsitzenden nachmittags spielt und davon profitiert, mag vielleicht manchmal funktionieren, aber in der Regel wird das nicht der Fall sein“, so offen elitär geben sich die Aktivisten von „Wir wollen lernen“ selten wie in der Panorama-Sendung vom 18.2.2010 (<http://daserste.ndr.de/panorama/media/panorama408.html>). Mitte März reichte die Initiative „Wir wollen lernen“ – auch „Elbvorortsinitiative“ genannt, weil sie dort gegründet wurde und in der dort wohnenden Oberschicht ihre aktivsten Mitglieder hat – den Antrag auf einen Volksentscheid am 18. Juli 2010 ein. Den „Reichen und Schönen“ gilt sogar das Konzept der Primarschule des CDU-GAL-Senats als Angriff auf ihre Privilegien. Primarschule heißt: zwei Jahre längeres gemeinsames Lernen als in der bisherigen Grundschule und prinzipiell eine alle fördernde Pädagogik.

Somit ist klar, dass nun alle in Hamburg wahlberechtigten Bürger darüber abstimmen, ob es bei der Einführung der Primarschule bleibt oder nicht. Ob also die Kinder der Grundschule zwei Jahre länger zusammen lernen können und danach erst die Auslese für Gymnasien oder die (neuen) Stadtteilschulen erfolgt. Obwohl dies nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung längeren gemeinsamen Lernens für alle Kinder ist, ist das einer Minderheit in Hamburg schon zu viel, geht zu weit. Sie sehen das Gymnasium in Gefahr, weil das traditionelle Privileg angetastet wird, ihre Kinder schon mit zehn Jahren aus den Klassenverbänden herauszunehmen, in denen sie mit Kindern aller Bevölkerungsschichten unterrichtet werden. Sie sehen ihr Bildungsprivileg angekratzt. Und machen dagegen mobil.

So nutzen sie das neue Instrument des Volksentscheids, um mit viel Geld- und Medienmacht Lügen zu verbreiten, Ängste zu schüren und Stimmung zu machen, um die Mehrheit der Stimmbürger zu gewinnen für ihre separaten und privilegierten Interessen. Und damit bekommt das Ganze eine zweite Dimension: Gelingt es in Hamburg,

zumindest kleine gesellschaftliche Fortschritte gegen die Gutbetuchten durchzusetzen oder nicht? Womit noch eine dritte Ebene sichtbar wird: Ist unsere Gesellschaft überhaupt in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit reformfähig? Insofern geht es zwar jetzt am 18. Juli um Schul- und Bildungsfragen, aber im Kern um mehr. Können Reformkräfte gegen den von oben geführten Klassenkampf irgendetwas gewinnen? Unter welchen Bedingungen? Und mit welchen (Aktions-)Bündnissen? Das wirft für die LINKE strategische Fragen auf. Die schulpolitische Auseinandersetzung in Hamburg hat damit Vorbildcharakter für die Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik. Gelingt die Aufweichung sozialer Privilegien und kultureller Schranken gegen den Widerstand der Oberschicht?

Allerdings gibt es Vorbehalte und unterschiedliche Einschätzungen in der LINKEN Hamburg, ob die Primarschulreform von Schwarz-Grün tatsächlich eine Verbesserung ist, für die zu kämpfen sich lohnt. Einigkeit besteht aber darin, dass eine echte Reformperspektive und unser Maßstab „eine Schule für alle“ heißt, weil es um die menschenwürdige Bildung aller geht.

Auch andere Aspekte der Bildungspolitik wie z. B. die Hochschulpolitik werden in diesem Heft diskutiert, zumal sie interessante Erfahrungen für die Einschätzung neoliberaler Bildungspolitik und die notwendige Alternative enthalten. Und auch die Programmdebatte der LINKEN ist wichtig. Um sie anzufeuern, ein erster Beitrag ebenfalls im Heft.

Die nächste Ausgabe wird sich schwerpunktmäßig mit Abrüstung, Krieg und Frieden befassen und Anfang September erscheinen.

Viele Anregungen und Interessantes bei der Lektüre wünscht

Die Redaktion

Initiative „Eine Schule für Alle“

Gegründet 2006 tritt sie für eine Gemeinschaftsschule als alleinige Schulform ein (alle Kinder lernen gemeinsam bis Klasse 10). Sie initiierte den Volksentscheid „Eine Schule für Alle“, der leider in der zweiten Stufe der Volksgesetzgebung mit 51.000 Unterschriften nicht genügend Unterstützer fand. Unterstützt von zahlreichen Einzelpersonen, dem Hamburger Elternverein, der GEW, ver.di, dem DGB, der SchülerInnen- und Lehrerkammer, der GAL und der LINKEN, ErziehungswissenschaftlerInnen und Eltern. Die Initiative „Eine Schule für Alle“ unterstützt jetzt die Initiative „Chancen für Alle – Allianz für Bildung“. Vorsitzende ist Karen Medrow-Struss
Telefon: 180 186 00, E-Mail: k.medrow-struss@elternverein-hamburg.de



Redaktionsgrundsätze

1) Hamburg Debatte steht allen Mitgliedern und Sympathisierenden offen. Es dient der Aufarbeitung politischer Themen, der Entwicklung, Begründung und Erörterung von Positionen der LINKEN und der Diskussion. Die programmatische Arbeit der LINKEN wird mit dem Debattenorgan dauerhaft begleitet. Im Mittelpunkt jeder Ausgabe soll ein Schwerpunktthema stehen.

2) Hamburg Debatte erscheint einmal im Quartal, ggf. zweimonatlich. Der Umfang beträgt ca. 32 Seiten. Das Heft enthält eine Beilage der Bürgerschaftsfraktion, die von dieser in eigener Verantwortung erstellt wird.

3) Die Redaktion gliedert sich in eine Kernredaktion und eine erweiterte Redaktion. Zu den Sitzungen der erweiterten Redaktion wird parteiöffentlich eingeladen. Kernredaktion wie erweiterte Redaktion treffen Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip. Die erweiterte Redaktion wählt aus ihrem Kreis die Mitglieder der Kernredaktion, legt den Schwerpunkt der jeweiligen Ausgabe fest, macht Vorschläge für einzelne Artikel und spricht Artikel mit potenziellen Autorinnen und Autoren ab. Der Kernredaktion obliegt die Verantwortung für die Fertigstellung einschließlich der presserechtlichen Verantwortung.

4) Anspruch auf Abdruck besteht nicht. Mitglieder der Redaktion, Mandats- oder Funktionsträger/innen genießen keine Priorität. Die Redaktion ist verpflichtet, eine Entscheidung zum Nichtabdruck gegenüber den Autorinnen/Autoren zu begründen.

5) Artikel müssen namentlich gekennzeichnet sein.

6) Die Redaktion nimmt eigenständig Änderungen im Fall von Rechtschreib-, Grammatik- und Syntaxfehlern vor und wirkt auf eine geschlechtergerechte, diskriminierungsfreie Sprache hin. Für darüber hinausgehende Änderungen ist Rücksprache mit dem Autor/der Autorin erforderlich.

Impressum:

Hamburg Debatte

Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE
Kreuzweg 7, 20099 Hamburg
debate@die-linke-hh.de
<http://die-linke-hh.de>

Redaktion: Horst Bethge, Kristian Glaser, Tilman Rosenau,
Annette Sawatzki, Udo Schuld

Erweiterte Redaktion: Ingrid Kurz, Uli Ludwig, Hartmut Obens,
Norman Paech

Mitarbeit an diesem Heft: Kay Beiderwieden, Sabine Boeddinghaus,
Constantin Braun, Lars Buchmann, Klaus Bullan, Linda Fischer, Anita
Friedetzky, Julian Georg, Karin Haas, Martina Helmke, Dora Heyenn,
Mülayim Hüseyin, Ingrid Lohmann, Zaman Masudi, Wolf von Matzenau,
Karen Medrow-Struss, Saskia Mestern, Bernhard Müller, Till Petersen,
Hartmut Ring, Hermann Schwarz, Zdravko Susic, Helmuth Sturmhoebel,
Olaf Walther, Martin Wittmaack, Mehmet Yildiz, Gottfried Zweynert

Layout: Christian Kruse

ViSdP: Tilman Rosenau

Auflage: 1.500

Beilage der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

ViSdP: Martin Bialluch

Copyleft: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine
kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen
Bedingungen)

Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post
oder in Selbstabholung

Druck: Print und Copyhaus GmbH

Redaktionsschluss: 18.5.2010

Inhalt

HAMBURG Debatte

Nr. 2/2010

Klassenkampf: Beispiel Schule	2
Editorial	
Redaktionsgrundsätze	3
Impressum	3
Warum wir als Befürworter einer Schule für alle Ja zur Primarschule sagen müssen	4
Klaus Bullan	
Kontrovers: Ist es richtig, die Primarschul- reform von Schwarz-Grün zu unterstützen?	6
mit Beiträgen von Linda Fischer, Martin Wittmaack, Uli Ludwig, Kristian Glaser und Kay Beiderwieden	
Auserlesen - Elite unter der Lupe	11
Buchbesprechung von Annette Sawatzki	
Wer fragt die MigrantInnen, welche Bildung sie wollen?	12
mit Beiträgen von Karin Haas, Zaman Masudi, Mehmet Yildiz und Mülayim Hüseyin	
Neuformierung des Rechtspopulismus	14
Bernhard Müller	
Kontrovers: Die strategische Einschätzung der Hamburger CDU	16
mit Beiträgen von Horst Bethge und Saskia Mestern	
Welches gesellschaftspolitische Ziel soll- Schulbildung verfolgen?	18
Gottfried Zweynert	
Emanzipatorisches Potential	19
Hartmut Ring	
Ökonomisierung der Bildung	20
Ingrid Lohmann	
„Als Unterling erkannt“	22
Hermann Kant	
Warum Primarschule	22
Herrmann Schwarz	
„Das Beste für mein Kind“	24
Eltern-, Schüler- und Lehrerstimmen von Zdravko Susic, Julian Georg und Anita Friedetzky	
Kontrovers: Zurück zum Magister oder das Bachelor-Master-System reformieren?	26
mit Beiträgen von Olaf Walter sowie Martina Helmke mit Constantin Braun	
Solidarische Emanzipation statt individueller Vermarktung - für ein gebührenfreies Studium	28
Constantin Braun, Dora Heyenn und Till Petersen	
Der offene Arbeitskreis Programm	30
Uli Ludwig und Wolf v. Matzenau	

Warum wir als Befürworter einer Schule für

Wir haben mit der 6jährigen Primarschule nicht viel zu gewinnen – diese Chance hatten wir beim Volksbegehren „Eine Schule für Alle“, und viele fragen sich heute, ob mit mehr persönlichem Einsatz aller Befürworter des gemeinsamen Lernens ein Erfolg möglich gewesen wäre, der uns die heutige Auseinandersetzung erspart hätte.

Viele von uns haben wenig Grund, mit Enthusiasmus und Leidenschaft für diese Schulreform einzutreten. Denn wir haben als GEW viel weitergehende Ziele, nämlich eine Schule für Alle, das gemeinsame Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit.

Es bleibt auch nach Einführung der Primarschule bei der Trennung in Stadtteilschule und Gymnasium, und das wird die soziale Selektion im Schulwesen aufrechterhalten. Deshalb treten wir weiterhin für das gemeinsame Lernen in einer Schule für alle bis zum Ende der Pflichtschulzeit ein: Alle Untersuchungen zeigen – auch die jüngste KESS 8-Studie aus Hamburg, die die Kompetenzen aller SchülerInnen

am Ende von Klasse 8 vergleicht – dass die Aufteilung von Kindern auf verschiedene Schularten in erster Linie von der sozialen Herkunft dieser Kinder geprägt ist.

Nur 12,4 % aller Kinder, deren Eltern einen Hauptschulabschluss als höchsten Abschluss hatten, erhalten eine Gymnasialempfehlung in Hamburg, aber 69 % aller Kinder von Eltern

mit Hochschulabschluss. Zum sog. primären Effekt der sozialen Herkunft, der dadurch bestimmt ist, dass Eltern von Akademikern beispielsweise bessere Lernentwicklungsmöglichkeiten von Geburt an haben und bessere materielle Rahmenbedingungen für Lernerfolge, kommt ein sekundärer Effekt hinzu. Dieser besteht darin, dass Kinder aus Akademikerhaushalten weniger Leistungen zeigen müssen, um eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als Kinder aus Arbeiterhaushalten.

So kommt es, dass es an Haupt- und Realschulen viele SchülerInnen gibt, die auch auf dem Gymnasium erfolgreich wären, aber aufgrund mangelnder Durchlässigkeit nach oben kaum eine Chance haben, die einmal über sie getroffene Entscheidung zu korrigieren – und so ohne höheren Abschluss und mit geringeren Zukunftschancen unsere Schulen verlassen. Genau drei (!!!) SchülerInnen haben im Untersuchungszeitraum 2006/2007 in der 7. und 8. Klasse den Übergang aufs Gymnasium von anderen Schulformen geschafft. Deshalb bleibt unsere Aufga-

be weiterhin, unterschiedliche Schularten überflüssig zu machen und damit die soziale Selektion im Schulwesen zumindest zu reduzieren.

Kritisch sehen wir auch das Probejahr an den Gymnasien: es steht dem Prinzip individueller Förderung entgegen und birgt die Gefahr, dass das 7. Schuljahr an Gymnasien zu rigoroser Auslese führt und die Stadtteilschulen durch eine hohe Zahl von „Rückläufern“ aus den Gymnasien in ihrer pädagogischen Arbeit schwächt. Fest steht aber auch, dass die Selektion nach sozialer Herkunft um so rigider ist, je früher getrennt wird. Die Erfolge der Grundschulen, in der alle Kinder gemeinsam lernen, zeigen das.

Und so gilt für uns BefürworterInnen der Gemeinschaftsschule bis zum Ende der Pflichtschulzeit, dass wir heute für die Verlängerung des gemeinsamen Lernens zumindest auf sechs Jahre kämpfen müssen – denn etwas anderes steht gegenwärtig nicht zur Entscheidung an. Obwohl wir also nicht viel zu gewinnen haben, haben wir doch viel, sehr viel zu verlieren, wenn der Volksentscheid zur Ablehnung der Primarschule führt. Darum geht es: Das Ja zur Primarschule und zur Verlängerung des gemeinsamen Lernens um zwei Jahre heißt verhindern, dass die Trennung nach der 4. Klasse zementiert wird, wie es die historisch gesehen als Nachzügler zu bezeichnenden Kräfte – so Klaus von Dohnanyi – wollen.

Wenn sich die Scheuerl-Initiative durchsetzt, ist der Weg zu längerem gemeinsamem Lernen und mehr Bildungsgerechtigkeit in der gesamten Bundesrepublik auf Jahre verbaut. Keine politische Kraft wird es noch wagen, auch nur kleine Schritte in diese Richtung zu gehen. Deshalb muss mit allen Kräften verhindert werden, dass es dazu kommt. Dies kann nur gelingen, wenn sich alle in dieser Stadt, die sich für das gemeinsame Lernen einsetzen, unbeschadet sonstiger Differenzen und Unterschiede jetzt auf ein Scheitern des Volksentscheids und damit auf die Einführung der Primarschule konzentrieren. Es steht viel mehr auf dem Spiel als zwei Jahre mehr gemeinsames Lernen: Gelingt es in dieser schwierigen Krisenkonstellation noch, gesellschaftliche Mehrheiten für eine Modernisierung etwa der Bildungs-, Integrations- oder auch der Umweltpolitik zu organisieren? Oder behalten die Verteidiger des Status Quo mit seiner extremen sozialen Polarisierung die Oberhand – mit der Gefahr, dass die gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen zunehmen und rechtspopulistische Diskurse befördert werden?

Wird die Trennung nach Klasse 4 erstmals in Deutschland per Volksentscheid festgeschrieben – oder wird zumindest bis zum Ende der 6. Klasse gemeinsam gelernt? Das steht im Sommer zur Entscheidung an!

alle Ja sagen müssen zur Primarschule

Die Auseinandersetzung um die Schulreform in Hamburg ist politisiert und polarisiert – das birgt ein hohes Risiko, wenn wir unterliegen, aber auch eine große Chance auf weitere Reformschritte, wenn wir gewinnen. Seit über einem Jahr wird uns täglich vor Augen geführt, was Klassenkampf von oben heißt. Wer die unsäglichen Auftritte von Scheuerl und Co. in den Medien ertragen musste, wer z. B. in dem Panorama-Bericht vor einigen Wochen die Mütter und Väter aus den Elbvororten mit ihrem unerträglichen Standesdünkel gesehen hat, wer die tägliche Schmutzkampagne der BILD zur Kenntnis nimmt, die vor Lügen und Diffamierungen nur so strotzt, der weiß, was für die andere Seite auf dem Spiel steht. Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als um die Machtprobe, ob in dieser Hamburger Gesellschaft auch nur kleinste Schritte hin zur Brechung von Bildungsprivilegien durchsetzbar sind, wie sie aufgeklärte bürgerliche Kräfte zaghaft gehen wollen, oder ob sie von einer Allianz aus Handelskammer, Springer-Presse und Elbvororten verhindert werden können. Schlagzeilen aus der WELT vom 4. Mai: „Chefärzte rufen Patienten zu Votum gegen die Schulreform auf“ oder im Abendblatt vom gleichen Tag: „Ärzte und Kaufleute wenden sich gegen die Schulreform“ zeigen, um wessen Interessen es geht.

Wer einmal eine Veranstaltung zur Schulreform erlebt und gesehen hat, mit welchem Hass und wohl auch mit welcher Angst gutsituierte, zivilisierte Damen und Herren von „Wir wollen lernen“ auftreten, wann immer ein Schüler, eine Mutter oder eine Lehrerin für die Primarschule spricht, der weiß, dass wir ernsthaft befürchten müssen, dass ein zweiter Schill erneut 20 % bei Wahlen einführt. Ein Erfolg dieser Bewegung beim Volksentscheid wäre ein fatales Signal in diese Stadt – weit über Schulstrukturfragen hinaus!

Wer steht auf unserer Seite?

- die Regierungsparteien aus CDU und GAL
- die Oppositionsparteien LINKE und SPD
- die Piratenpartei
- alle Gewerkschaften im DGB
- SchülerInnenkammer, Eltern- und Lehrerkammer
- der gesamte Erziehungswissenschaftliche Fachbereich der Uni Hamburg
- der paritätische Wohlfahrtsverband
- die türkische Gemeinde Hamburg
- Leben mit Behinderungen e.V.
- Eltern für Integration e.V.
- Eine Schule für Alle e.V.
- die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen
- Pro Schulreform
- 28 Hamburger Bildungs-, Ausbildungs-, Beschäfti-

gungs- und Jugendhilfeträger

- Verband Integration an Hamburger Schulen e.V.
- Elternverein e.V.
- Grundschulverband
- Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung

Auf der Scheuerl-Seite stehen erklärtermaßen:

- die außerparlamentarische FDP und die NPD
- Deutscher Lehrerverband Hamburg
- Philologenverband
- BILD
- Teile der CDU

Dennoch: der Ausgang des Volksentscheids ist nicht gewiss. Es gibt viele Motive, warum sich Bürgerinnen und Bürger gegen die Reform wenden könnten: Denkmittel gegen die Regierung, Enttäuschung über unzureichende Reformschritte, Misstrauen gegenüber den Herrschenden, Zweifel an der Reformierbarkeit von Schulstrukturen sind einige davon.

Ich werbe hier ausdrücklich dafür sich klar zu machen, worum es bei diesem Volksentscheid wirklich geht und was die Folgen eines Sieges von Scheuerl und Co. wären. Neben der Frage, ob die Trennung Zehnjähriger nach Schulformen ein für alle mal – oder zumindest für lange Zeit – festgeschrieben und so der deutsche Sonderweg in Europa und der Welt zementiert wird, oder ob sich zaghafte Schritte in Richtung längeres gemeinsames Lernen durchsetzen, geht es um die Frage, wer in dieser Stadt die Macht hat und wozu sie genutzt wird.

Klaus Bullan, Vorsitzender der GEW Hamburg und Gründungsmitglied der LINKEN

Initiative „Wir wollen lernen“

„Volksinitiative für den Erhalt der Hamburger Gymnasien“, gegründet 2008 von Gutbetuchten in den Elbvororten, darum auch oft „Elbvorortsinitiative“ genannt. Leitete durch Sammlung von 182.122 Unterschriften den Volksentscheid am 18.7.2010 ein. Wendet sich vehement gegen die Primarschule, weil sie dadurch die gymnasiale Bildung gefährdet sieht. Unterstützt von WELT und BILD, vom Philologenverband, dem Deutschen Lehrerverband, dem Verband der Realschullehrer, dem Bund Freiheit der Wissenschaft, der FDP und NPD, aus 7 Gymnasien, von etlichen Schulleitern von Hamburger Gymnasien sowie auffällig vielen Adligen. Sprecher: RA Walter Scheuerl, der die Schulreform in die Nähe der Nazi-Pädagogik rückte und das Elternwahlrecht nach Kl. 6 ablehnt, „weil dadurch die Gymnasien überlaufen“ (Mopo 7.1.2010). Infos: www.wir-wollen-lernen.de



Kontrovers: Ist es richtig, die Primarschulreform von Schwarz-Grün zu unterstützen?

Einigkeit besteht in der Hamburger LINKEN darin, die Initiative „Wir wollen lernen“ abzulehnen und zu bekämpfen, weil sie die Privilegien im Bildungssystem verteidigt. Strittig ist jedoch, ob die Primarschulreform des schwarz-grünen Senats ein unterstützenswerter Fortschritt ist oder die bisherige Situation nur verschlimmbessert. VertreterInnen der unterschiedlichen Positionen kommen hier zu Wort, um für die anstehenden Auseinandersetzungen mehr Klarheit zu gewinnen.

Kein Bündnis mit Parteien des Bildungs- und Sozialabbaus

Die Elite-Initiative „Wir wollen lernen“ propagiert mit dem Volksentscheid die Beibehaltung der Grundschule mit 4 Jahren und steht für Elitebildung in ihrem Klasseninteresse. Als Linksjugend [‘solid] bekämpfen wir diese Initiative natürlich und fordern dazu auf, bei deren Vorlage für den Volksentscheid mit NEIN zu stimmen. Insbesondere die Demonstration am 3.6. ist ein wichtiger Aktionspunkt, für den wir mit voller Kraft mobilisieren werden.

Wir haben uns aber gegen eine Beteiligung am Aktionsbündnis „Chancen für Alle – Allianz für Bildung“ entschieden. Nun könnte uns vorgeworfen werden, dass wir damit nicht die nötige „Einheit demonstrieren“. Aber für Linke stellt sich immer die Frage: Einheit mit wem, für was und zu welchem Preis? Das Bündnis besteht auch im Jugendbereich unter anderem aus SPD und Grünen (im „Erwachsenenbündnis“ zusätzlich noch der CDU), also den Parteien, die sich durch Bildungs- und Sozialabbau auszeichnen. Auf den Plakaten, die vom Bündnis in Schulen aufgehängt werden sollen, steht deshalb natürlich nicht, dass neben der 6-jährigen Primarschule beschlossen wurde, 259 LehrerInnenstellen zu streichen, Kita- und Essensgebühren in Kitas zu erhöhen, dass Studiengebühren unterstützt werden, dass trotz doppeltem Jahrgang und den dadurch verschärften Ausbildungs- und Studienplatzmangel fast kein Mehrangebot geschaffen wird, dass wir für die Krise zahlen sollen, während die Verursacher Milliarden erhalten usw. Auch die Schulreform selbst hat das Ziel eine Art Zwei-Klassen-Abitur mit der Stadtteilschule für (nach eigenen Website-Angaben) das „Mittelfeld“, und den Gymnasien für die „leistungsstarken Spitzen“ zu etablieren.

Diese Bildungs- und Sozialabbauparteien können keine Bündnispartner sein. Die Teilnahme an solchen Bündnissen schürt einerseits Illusionen in die Regierung und macht uns andererseits unglaubwürdig. Stattdessen sollten wir mit eigenem Material und bei eigener Mobilisierung zur Demo betonen, dass längeres gemeinsames Lernen gut ist, wir aber für wirklich gute Bildung und Chancengleichheit viel mehr brauchen. Es reicht nicht aus zu betonen, dass man sich im Punkt der Primarschule einig

sei, dieser kann nicht abgetrennt von den Kürzungen und jahrelangen Verschlechterungen im Bildungsbereich betrachtet werden. Grüne, SPD, CDU handeln nicht in unserem, sondern im Interesse der Banken und Konzerne. Selbst Gesine Löttsch betonte auf dem Hamburger Parteitag am 17.4., dass wir immer erkennbar sein und eigene klare Forderungen aufstellen müssen. Leider ist diese Eigenständigkeit auf den Plakaten der LINKEN zur Schulreform nicht erkennbar. Sie titeln: *„Die LINKE ist für die 6-jährige Primarschule, weil sie eine neue Lernkultur ermöglicht, weil sie besser für Familien und Kinder ist, weil sie gerechter und moderner ist, weil sie die bessere Schule ist.“*

Die Demonstration und der Schülerstreik am 3.6. sollte aber für mehr stehen als nur für die 6-jährige Primarschule. Das Schulstreikbündnis überlegt z. B. auch zu dem Termin zu mobilisieren. Ihre Forderungen, wie „kostenlose Bildung, Weg mit G8, Eine Schule für Alle“ übersteigen die Reformplanungen deutlich bzw. widersprechen größtenteils der aktuellen Bildungspolitik. Auch weil wir als Linksjugend [‘solid] in den letzten Jahren die Schulstreikbewegung mit aufgebaut haben, sollten wir uns an diesen Forderungen orientieren. Solidarität und Zusammenarbeit schulden wir den SchülerInnen, StudierendInnen etc. die den Widerstand in den letzten Jahren auf die Straße gebracht haben, nicht den bürgerlichen Parteien.

Zusätzlich ist die bundesweite Bildungsstreikwoche für die drauffolgende Woche geplant, Protest gegen die Kita-gebührenerhöhung wird laut, und die Demonstrationen der „Wir zahlen nicht für eure Krise-Bündnisse“ stehen am 12.6. an. Die Akteure dieser Bewegungen sollten unsere Bündnispartner sein. Mit einem großen lautstarken Block am 3.6. unter dem Motto: *„Längeres gemeinsames Lernen ist gut, wie brauchen mehr: gemeinsam für gute Bildung, Ausbildung und Arbeit“* wollen wir von Linksjugend [‘solid] einen bewegten Sommer einleiten, damit es nicht nur bei einem quasi von oben „verordneten“ Schulstreik bleibt.

Linda Fischer, LandessprecherInnenratsmitglied
Linksjugend [‘solid] HH

Politisch glaubwürdig bleiben

Anhand der Frage, ob die Einführung der 6-jährigen Primarschule in Hamburg durchsetzbar ist, entscheidet sich nicht nur die Frage der Reformierbarkeit des Schulsystems. Am 18. Juli werden auch weit darüber hinausgehende politische Weichen gestellt. Sollte es gelingen, die Einführung der Primarschule zu bestätigen, wird Schwarz-Grün vermutlich die volle Legislaturperiode durchhalten. Unmittelbar profitieren würde vor allem die GAL, die in erster Linie mit dem Projekt identifiziert wird. Die CDU und vor allem ihr Bürgermeister hätten zwar in einer schwierigen politischen Konstellation Durchsetzungsfähigkeit bewiesen – allerdings gegen die Mehrheit der eigenen Anhänger/innen. DIE LINKE tut gut daran, eigenständig ihre Positionen sowohl in der Gemeinsamkeit mit den anderen Parteien (für die Primarschule als Einstieg in das längere gemeinsame Lernen), als auch in den Unterschieden (gegen die Aufteilung der SchülerInnen auch nach der siebten Klasse – unser Ziel ist und bleibt die Gemeinschaftsschule) zu formulieren. Denn es geht darum, politisch glaubwürdig zu bleiben. Den Vorschlag der SPD für einen 10-jährigen Schulfriedensvertrag der Parteien haben wir aus gutem Grund nicht unterzeichnet. Aber wir müssen uns der Entscheidungssituation am 18. Juli stellen: Es gibt nur die Möglichkeit, einen kleinen bildungspolitischen Schritt in die ‚richtige‘ Richtung mit durchzusetzen – oder die Niederlage einzustecken, dass die Initiative „Wir wollen lernen“ und die FDP das bisherige sozial selektive Schulsystem verteidigen können. Angesichts der ambivalenten Haltung der Anhängerschaft der LINKEN zur Primarschulreform müssen wir deutlich machen, dass die Einführung der Primarschule ein Schritt

zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Bildungssystem ist, dass mit der von uns durchgesetzten Abschaffung des Büchergeldes oder mit der Verringerung der Klassengrößen auch soziale Verbesserungen einher gehen. Ebenso muss aber auch klar sein, dass der Senat in anderen Bereichen – hier geht es in den nächsten Wochen insbesondere um die Erhöhung der Kitagebühren – Druck von links braucht. Eine politische Linie der Distanz zur Einführung der Primarschule ist nicht zielführend. Denn ein Erfolg des Volksbegehrens gegen die Primarschule wäre zwar auch eine Niederlage der CDU – vor allem aber ein Sieg der Rechten insgesamt. Die Träger der Volksinitiative kommen aus dem sozial privilegierten konservativen und liberalen Bürgertum, und ihre Verflechtungen insbesondere mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft – allen voran die Beziehungen von Walter Scheuerl, Sprecher der Initiative „Wir wollen lernen“ und Rechtsanwalt in einer renommierten Kanzlei – sind evident. Vor dem Hintergrund, dass in Hamburg schon mehrmals neue rechtspopulistische Parteien in Hamburg erfolgreich waren (Statt- und Schill-Partei), ist zwar nicht entschieden, welche politische Kraft von einem Scheitern der Primarschule profitieren würde. Fraglich wäre z. B., ob der schwarz-grüne Senat vorzeitige Neuwahlen überstehen würde, ob die FDP profitiert oder eine neurechte „Scheuerl-Partei“ auf den Weg gebracht wird. Eine Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach rechts – in welcher konkreten Konstellation auch immer – wäre bei einem Scheitern der Primarschule jedoch wahrscheinlich.

Martin Wittmaack, Landesgeschäftsführer

Wir müssen auch in der Schulpolitik als sozialistische Partei sichtbar werden!

Am 18. Juli wird in Hamburg eine Volksentscheid darüber entscheiden, ob es bei der vierjährigen Grundschule bleibt (wie es die Scheuerl-Initiative „WWL – Wir wollen lernen“ will) oder die sechsjährige Primarschule eingeführt wird (wie es die „Hamburger Allianz für Bildung“ fordert).

Auf dem Landesparteitag am 10.04.2010 hat die LINKE bestätigt, daß sie „alles in ihrer Kraft Stehende tun“ (Leit-antrag) wird, die reaktionäre WWL-Initiative zu stoppen.

Das ist eine konsequente politische Zielsetzung, die einer sozialistischen Partei würdig ist. Gleichzeitig wurde jedoch beschlossen, für die „Reform“politik der schwarz-grünen Regierung zu werben, und so verlangt Horst Bethge – als Beispiel für die entsprechende Argumentation – in seinem Beitrag „Schulkampf in Hamburg“ am 03.03.10, daß „die LINKE sich aber erst einmal daran gewöhnen [muß], dass es Konstellationen gibt, in denen ein gesellschaftlicher Reform-Schritt eben auch mit einer Reform-CDU gegangen werden kann“. Diese Logik soll im Folgenden in Frage gestellt werden.

In welcher Hinsicht handelt es sich bei der Änderung des Schulgesetzes, betitelt mit dem Motto: „Eine kluge Stadt braucht alle Talente“, tatsächlich um eine Reform im Sinne einer systemimmanenten Verbesserung des Hamburger Schulsystems im Interesse der Kinder und Jugendlichen?

Bereits 1904 forderte Clara Zetkin auf der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bremen in ihrem berühmten Referat „Die Schulfrage“ „die obligatorische einheitliche Elementarschule (...), die alle Kinder ohne Unterschied der Klasse und des Geldbeutels der Eltern besuchen müssen“ (Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S. 259). In diesem Sinne wäre die Einführung der sechsjährigen Primarschule als ein Schritt in die richtige Richtung unter taktischen Gesichtspunkten zu begrüßen. Das gleiche gilt für die punktuelle Senkung der Klassenfrequenzen und die Abschaffung des Büchergeldes. Aber wenn diese Maßnahmen in ein Gesamtkonzept einer Schulstrukturereform eingebunden sind, dann muß ihre Bewertung in den Zusammenhang nicht nur mit den übrigen Teilen dieser Reform, sondern auch in den gesamt-

gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt werden. Und es gilt, unsere strategischen Ziele im Auge zu behalten.

Die Aufstockung der bislang vierjährigen Grundschule für alle Kinder um zwei Jahre zur sechsjährigen Primarschule und die darauf aufbauende Zweigliedrigkeit in Form von Stadtteilschule und Gymnasium – also die Zementierung von Auslese und Segregation – bilden faktisch eine Einheit, auch wenn im Volksentscheid nur die Einführung der Primarschule abgestimmt wird.

Die Gesamtschule, geschaffen mit der Perspektive, das gegliederte Klassen-Schulwesen zu ersetzen, wird nicht etwa weiterentwickelt, sondern abgeschafft. Damit wird eine Schulart mit über 30 Jahren Integrationserfahrung

und -tradition aus dem Hamburger Schulsystem entfernt, die bisher für die sechsjährige weitere gemeinsame Beschulung für gut 30 Prozent der Hamburger Kinder stand. Wie sieht damit die zeitliche Bilanz des gemeinsamen Lernens aus? Jetzt lernen nach vier Jahren Grundschule für 100 Prozent der Kinder ein Drittel der Schülerinnen und Schüler weitere sechs Jahre gemeinsam in der Gesamtschule. Nach Einführung der Primarschule und Abschaffung der Gesamt-

schule werden drei Drittel der Schülerinnen und Schüler weitere zwei Jahre gemeinsam lernen. In Schüler und Schuljahre umgerechnet, wird in Hamburg nach der Schulstrukturreform genauso viel gemeinsam gelernt wie vorher.

Aus dieser Sicht steht die Parole „Länger gemeinsam lernen“ auf tönernen Füßen. Dem kann entgegengehalten werden, daß der Anteil von SchülerInnen mit Gymnasialempfehlung an vielen Gesamtschulen sehr niedrig ausfällt und die Zusammensetzung der Schülerschaft damit nicht dem Anspruch der sozialen Integration entspricht. Aber warum ist das so? Die Position dieser Gesamtschulen ist im Konkurrenzkampf zu benachbarten Gymnasien in einigen Stadtteilen aufgrund ihrer Lage und einer schier endlosen Reihe von Kürzungen in ihrer Versorgung schwach. Statt sie wie in den vergangenen Legislaturperioden Schritt für Schritt zu demontieren und kaputtzusparen, wäre ihre Wiederherstellung und Weiterentwicklung eine ehrliche Alternative auf dem Weg zur Integration.

Die Hauptschule, die durch Strukturveränderungen der Arbeit und durch Massenarbeitslosigkeit ein Auslaufmodell geworden ist, geht – zusammen mit ihren immanenten Problemen – in der Stadtteilschule auf. Das Gymnasium bleibt erhalten.

Hinzu kommt: Diese Schulreform baut in allen ihren wesentlichen Elementen auf einer Kontinuität der neoliberalen Zurichtung der Schulen in Hamburg auf. Diese reicht von der Einführung betriebswirtschaftlicher Verwaltungsprinzipien, der Output-Steuerung mit verschärfter Konkurrenz zwischen den Schulen über die verheerende

Noten-, Test- und Prüfungsorgie mit verschärfter Auslese bis hin zur Etablierung der autoritären Management-Schule, der „selbstverantworteten Schule“ – konsequenterweise ohne wirksame betriebliche Mitbestimmung. Wie im gesamten Bildungssystem ist die Schule Privatisierungsangriffen ausgesetzt und die Lehrerarbeit geprägt von einer maßlosen Auspressung, die die teilweise heroischen pädagogischen Bemühungen von ganzen Kollegien tagtäglich in Frage stellt. Und: Sie ist gegenwärtig in eine Gesellschaft eingebettet, die einem wachsenden Teil der Schulabgänger keine Perspektive auf eine gesicherte Arbeit bietet, auf einen Lohn, mit dem sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können – mit allen entsprechenden Auswirkungen auf das Schulleben. Diese Hoffnungslosigkeit kann auch mit gemeinsamem Lernen nicht aufgewogen werden.

Überhaupt zielt die Schule im Kapitalismus – nicht nur, aber vor allem – auf die Verwertbarkeit der Arbeitskraft und – wenn überhaupt, dann im Sinne des Systems nur zwingend dialektisch und damit nachrangig – auf die Emanzipation des Individuums. Das ist eine Bedingung des gesellschaftlichen Systems und gilt auch in Hamburg, vor und nach der Schulreform.

In ihrer Gesamtheit und mit dieser Kontinuität ist die „Reform“ also ein auf Stabilisierung und Erhalt eines falschen Systems gerichteter Reparaturversuch. Selbst wenn man die schwarz-grüne Landesregierung und die Scheuerl-Initiative als politische Vertretungen verschiedener Kapitalfraktionen betrachtet, stellen ihre jeweiligen Varianten der Schulpolitik damit keine echte Alternative dar.

Eine taktische Positionierung der Linkspartei in diesem Schulstreit, die sich auf die Unterstützung der wenigen positiven Bestandteile der „Reform“ beschränkt und die negativen ausblendet und die grundsätzliche Kritik verschiebt auf die Zeit nach dem Volksentscheid, eine solche Positionierung verschiebt damit auch den notwendigen Aufbau des Widerstandes gegen die seit Jahren betriebene neoliberale Umgestaltung des Schulwesens und die aggressiv weiter betriebenen Privatisierungsintendenzen. Die strategischen Ziele bleiben unbearbeitet.

Wenn wir uns also die Unterstützung der „Reform-CDU“ auf die Fahnen schreiben, dann stellen sich allerdings weitere Fragen: Wodurch unterscheiden wir uns von den anderen Parteien in der „Hamburger Allianz für Bildung“, von der „Reform-CDU“, der SPD und der GAL? Wofür werden wir gebraucht? Und: Wie geht es nach dem Volksentscheid weiter?

In der Präambel des Programmentwurfs unserer Partei wird folgende Zielsetzung unserer politischen Arbeit formuliert: *„Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muß, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.“* Was wir uns als Ziel auf gesellschaftlicher Ebene setzen, Systemkritik und eine sozialistische Alternative, sollte auch für Teilsysteme, wie zum Beispiel das Schulsystem, gelten.

Überhaupt zielt die Schule im Kapitalismus – nicht nur, aber vor allem – auf die Verwertbarkeit der Arbeitskraft und – wenn überhaupt, dann im Sinne des Systems nur zwingend dialektisch und damit nachrangig – auf die Emanzipation des Individuums

Die Schlußfolgerung: Wir brauchen die weitere Diskussion in der Partei über die Einbettung unserer Schulpolitik in unsere gesellschaftspolitischen Ziele. Und wir brauchen eine Verschiebung der Akzente in der politischen Praxis im Kampf gegen die reaktionäre Initiative „Wir wollen lernen“. Dazu der Vorschlag: Verschieben wir nicht die Kritik an schwarz-grünen Bildungskonzepten, sondern nutzen wir die Phase der Politisierung vor dem Volksentscheid zur Aufklärung über den Charakter und die Kontinuität der neoliberalen Schulpolitik in Hamburg. Nutzen wir die Zeit vorrangig zur Entwicklung von und Information über unsere Zielsetzungen, über unsere konkrete Systemalternative – nicht nur „Eine Schule für alle“ (die ja eine notwendige, aber keine hinreichende Alternative zur segregierten Klassenschule ist), sondern über die grundsätzlich andere Schule, eine demokratische Schule mit einer gänzlich anderen Pädagogik, in der die Subjektentwicklung des Einzelnen und die Solidarität im Mittelpunkt stehen. Eine Schule, ohne Auslese, ohne Noten,

aber mit Lehrkräften, die Kenntnisse, Kraft und Zeit haben für die gleichberechtigte individuelle Förderung aller Kinder. Eine von neoliberaler Ökonomie befreite Schule, die verbunden ist mit der produktiven Arbeit und tatsächlich auf diese vorbereitet. Eine Schule, für die wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem brauchen.¹

Es gibt für viele Menschen in Hamburg gute Gründe, mit dem Schulsystem unzufrieden zu sein. Wir könnten am Beispiel der Schulpolitik aufzeigen, in welchem Verhältnis Verbesserungen innerhalb des Systems und die Systemveränderung selbst stehen. Und wir könnten zeigen, daß wir mehr wollen als die nur unbestimmt Unzufriedenen. Wenn wir denn wollen.

Uli Ludwig, Kommunistische Plattform – Clara Zetkin

¹ Nichts von dem findet sich bislang im „Bildungspolitischen Konzept DIE LINKE. Hamburg (Entwurf)“

„Mein Kind“: Erziehung zur Konkurrenz?

„Und ich, meine Damen und Herren, spreche der Politik das Recht ab, über [betont] meine Kinder zu entscheiden.“ Schauspieler Sky du Mont bei einer Kundgebung von „Wir wollen lernen“ in Hamburg, veröffentlicht in der ARD-Sendung „Panorama“ vom 18.2.2010.

„Denn Diederich war so beschaffen, daß die Zugehörigkeit zu seinem unpersönlichen Ganzen, zu diesem unerbittlichen, menschenverachtenden, maschinellen Organismus, der das Gymnasium war, ihn beglückte, daß die Macht, die kalte Macht, an der er selbst, wenn auch nur leidend, teilhatte, sein Stolz war. Am Geburtstag des Ordinarius bekränzte man Katheder und Tafel. Diederich umwand sogar den Rohrstock.“ aus: Heinrich Mann: Der Untertan (1918)

Das Elternwahlrecht ist die Befugnis zu entscheiden, in welcher „Rennbahn“ („Karriere“) sich das Kind in der Konkurrenz zu bewähren habe. Die herrische Betonung des besitzanzeigenden Fürworts „meiini“ Kind (s. o.) zeigt dabei dreierlei: Es ist die verdinglichende Sicht des dekadenten Bourgeois, der jeden und alles nach seinem barem Interesse bemißt – auch den künftigen Erben; es ist die dunkle Ahnung der Oberschicht, daß der Drill nicht förderlich für den Menschen ist; und es ist drittens die Angst, daß die Privilegien fallen werden. Und sie werden fallen.

Das Elternwahlrecht ist ein tragendes Moment zur Auslese im herrschenden Bildungssystem. Fällt das mehrgliedrige Schulsystem, fällt auch das Elternwahlrecht. Und andersherum: Wer das Elternwahlrecht propagiert, stimmt Auslese und Konkurrenz zu. So wird die Elite gesichert.

Dafür soll durch das Bildungssystem der soziale Antagonismus sowie der ebenfalls unvereinbare Widerspruch zwischen einer autoritären, blasierten und sattsamen Kultur (der Oberschicht) und einer fairen, solidarischen und egalitären Kultur (der Vielen) reproduziert werden.

Daß dabei Ausreißer von unten nach oben zugelassen werden, widerlegt das System nicht. Werden dadurch doch Illusionen bei den Subalternen, „es doch individuell schaffen zu können“, genährt und die Konkurrenz verschärft. Nur: Spätestens beim Exercitium der binomischen Formeln, des Periodensystems der Elemente, der Konjugation von velle-nolle-malle und der Reihe deutscher Könige und Kaiser muß der Unterschichten-Gymnasiast beweisen, daß er „leistungsfähiger“, d. h. skrupelloser ist als seine Oberschichten-Kameraden – da deren Eltern mittels Kohle und Connection am längeren Hebel bei Versetzung und Zensur sitzen.

Solange ein unüberbrückbarer Widerspruch im und durch das mehrgliedrige Schulsystem klafft, so lange ist der Kampf für ein solidarisches Kultur- und Bildungssystem, in dem sich Alle ohne Ausnahme die Hervorbringungen menschlicher Zivilisation für Kooperation, Frieden und Fortschritt aneignen können und jeder nach seinen Fähigkeiten und Präferenzen partizipiert, der einzig vernünftige und aussichtsreiche Weg. Der erste Schritt dorthin ist das Nein zu Konkurrenz, Leistungswahn und Paukerei.

Der Angriff gilt der Elite – Hinaus aus dem Hamsterrad!

Kristian Glaser, AG Studierendenpolitik

Initiative PRO SCHULREFORM

Initiative von Eltern, um die Hamburger Schulreform zu unterstützen, sie zu erklären und kritisch zu begleiten, gegründet 2009. Unterstützt die Initiative „Chancen für Alle – Allianz für Bildung – die Schulverbesserer“. Sammelt Argumente für die gesamte Schulreform des Senats und veröffentlicht Stellungnahmen auf ihrer Homepage. Hält auch fremdsprachiges Material vor. Infos: www.proschulreformhhh.de



Für ein echtes Elternwahlrecht

In Deutschland gibt es nach Klasse 4 das gegliederte Schulwesen. Diese Frühauslese von Kindern ist weltweit einmalig. Ein gegliedertes Schulwesen teilt die SchülerInnen irgendwie auf die verschiedenen Schulformen (Gymnasium usw.) auf. Es wird dadurch zu einem System zur Verteilung von Zukunfts- und Lebenschancen.

Schulstruktur und Frühauslese haben eine wichtige Funktion bei der sozialen Reproduktion und ideologischen Legitimation der Klassenstruktur. Durch die Aufteilung der Kinder auf „höhere“ und „niedere“ Schulformen wird ein Oben und Unten geschaffen. In der Regel werden Kinder aus dem unteren Klassenspektrum in „niedere“ und Kinder aus dem oberen Klassenspektrum in „höhere“ Schulformen einsortiert. Zugleich wird die Illusion der Chancengleichheit vermittelt – es gehe gerecht zu, weil es nach der Leistung ginge. Die unten Einsortierten sollen sich ihr Scheitern am gegliederten Schulwesen als subjektives Versagen ankreiden und verinnerlichen, sie seien selbst Schuld, dass sie es nicht zu mehr gebracht haben. Und die oben Einsortierten können sich einbilden, dass sie zu Recht dort sind, wo sie sind, weil sie begabter seien und mehr geleistet hätten.

Immer wieder gab es Kritik an der deutschen Frühauslese. So wurde angezweifelt, dass man zuverlässig die künftige schulische Entwicklung von Zehnjährigen vorhersagen könne. Auch wurde darauf verwiesen, dass Kinder erst zu Schulgewinnern und -verlierern gemacht werden, indem sie in „höhere“ und „niedere“ Schulformen einsortiert werden (self-fulfilling prophecy). Diese Kritiken wurden durch zahlreiche empirische Studien (wie PISA, LAU, KESS und IGLU) bestätigt:

- Ca. 40 % der Kinder werden falsch einsortiert.
- Kinder aus der Oberschicht werden systematisch bevorzugt. Sie haben eine mehr als zweieinhalb Mal große Chance, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als Kindervon Facharbeitern und leitenden Angestellten.
- Nur 26 % der SchülerInnen, deren Väter über einen Hauptschulabschluss verfügten, haben eine Gymnasialempfehlung erhalten, aber 70 % der SchülerInnen, deren Väter Abitur haben (LAU 5).
- An SchülerInnen werden umso höhere Leistungsanforderungen gestellt, je niedriger der Schulabschluss des Vaters ist.

Das Elternwahlrecht entschärft die soziale Diskriminierung

In Hamburg gibt es seit Ende der 70er Jahre ein eingeschränktes Elternwahlrecht. Die SPD hatte es eingeführt, weil sie zu feige war, die Gesamtschule zur verbindlichen Schulform zu machen. Dieses Elternwahlrecht entschärft die fehlerhaften und sozial ungerechten Schulempfehlungen: so haben sich 26 % der Eltern, bei denen der Vater einen Hauptschulabschluss erworben hat, ohne Gymnasialempfehlung des Kindes für das Gymnasium

entschieden, aber nur 17 % der Eltern, bei denen der Vater das Abitur gemacht hat. Allein von daher sollte DIE LINKE unbedingt das volle Elternwahlrecht fordern.

Das halbe Elternwahlrecht in der Primarschule

Bislang gibt es nach Klasse 4 zwar ein Elternwahlrecht. Nach Klasse 6 hat aber die Lehrerkonferenz das „letzte Wort“. Insofern handelt es sich nur um ein halbes bzw. Schein-Elternwahlrecht. Denn die Entscheidung der Eltern gilt nur 2 Jahre. Am Ende der Primarschule (Klasse 6) sollte es erst kein Elternwahlrecht, dann ein dreiviertel und jetzt wieder nur ein halbes Elternwahlrecht geben:

- Ursprünglich wollte der Senat kein Elternwahlrecht am Ende der Primarschule nach Klasse 6 gewähren. Das nutzte die Initiative „Wir wollen lernen“ aus, indem sie so tat, als ginge es ihr im Volksbegehren um das Elternwahlrecht und nicht einzig und allein um das Gymnasium ab Klasse 5.
- Nach der Niederlage im Volksbegehren beschloss der Senat, nun doch das Elternwahlrecht nach Klasse 6 zu gewähren, allerdings mit einem Probejahr in Kl. 7. Kinder, die das Klassenziel nicht erreicht, aber eine Gymnasial-Empfehlung erhalten haben, sollten wie ursprünglich geplant auf dem Gymnasium bleiben dürfen. Dies kann man als ein dreiviertel Elternwahlrecht bezeichnen.
- Auf Initiative der SPD kam es erneut zur Veränderung: Sie sah in Klasse 7 des Gymnasiums, dem Probejahr, zwei Sorten von Kindern ungleich behandelt: Empfehlungs-Kinder und Probekinder. Die Empfehlungs-Kinder bräuchten sich auch bei schlechten Leistungen keine Sorgen zu machen, die Probekinder könnten aber am Ende der Klasse 7 wieder abgeschult werden. Die SPD setzte durch, dass gleiches Unrecht für alle gelten soll und alle das Gymnasium verlassen müssen, wenn sie das Klassenziel nicht erreichen (halbes Elternwahlrecht).

RA Scheuerl von der Elbvorortsinitiative nennt nun das Probejahr ein „Zwei-Klassen-Wahlrecht“. Dabei hatte er in der Mopo vom 7. Januar 2010 ein echtes Elternwahlrecht abgelehnt, „weil dadurch die Gymnasien überlaufen würden“. Daran sieht man, dass es der Elbvorortsinitiative nicht um das Elternwahlrecht geht, sondern einzig und allein um das Gymnasium ab Klasse 5 für ihresgleichen.

Für ein echtes Elternwahlrecht

DIE LINKE sollte auf jeden Fall das uneingeschränkte und volle Elternwahlrecht fordern, solange das Schulwesen in unterschiedliche Schulformen gegliedert ist. Die Eltern sollen entscheiden, ob ihr Kind das Gymnasium oder eine andere Schulform besucht. DIE LINKE ist auch gegen Sitzenbleiben und Abschulen. Dies könnte tendenziell das gegliederte Schulwesen aufheben und zum „Gymnasium für alle“ führen.

Kay Beiderwieden, LAG Bildungspolitik

Initiative „Chancen für alle, die Schulverbesserer“

Anfang Februar 2010 trafen sich erstmalig über 50 Menschen, die sich aufgerufen fühlten, eine öffentlich sichtbare Gegenposition zur Initiative „Wir wollen lernen“ des RA Walter Scheuerl aufzubauen. Diese erreichte bekanntlich im Herbst 2009 über 180.000 Unterschriften für die Beibehaltung des Ist-Zustandes: Trennung nach Klasse 4 vor dem Übergang in die anderen Schulformen Gymnasium, Gesamt-, Haupt- oder Realschule. Mithin jene frühe Selektion, die in einer Vielzahl von Studien (u. a. PISA) als Auslese nach sozialer Herkunft qualifiziert wurde.

Vor dem Hintergrund des „Paukenschlages“ (Ole v. Beust) von über 180.000 Unterschriften besannen sich jetzt auch schulpolitisch interessierte Menschen in Hamburg, die einen „Durchmarsch“ der Gutbetuchten nach weiterer Festigung der sozialen Selektion sowie einer schulpolitischen Friedhofsruhe befürchteten. Unter dem Dach des gegründeten Vereins „Chancen für alle - Allianz für Bildung“ formierte sich ein in dieser Breite für Hamburg einmaliges Bündnis. Dabei: parteipolitisch Ungebundene, VertreterInnen von GAL, CDU, DIE LINKE, DGB, GEW, ver.di, IG Metall, Handwerkskammer, Schüler- und Elternkammer, Hamburger Elternverein und Paritätischem Wohlfahrtsverband, die Initiativen „Eine Schule für Alle“ und „Pro Schulreform“ sowie ErziehungswissenschaftlerInnen. Die Allianz tritt unter dem Slogan „Die Schulverbesserer“ auf.

Inzwischen haben sich überall Regionalgruppen gebildet, die den einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft vom 3.3.2010 unterstützen und für ein „JA“ dazu beim Volksentscheid werben. Vorsitzender ist Prof. Jobst Fiedler. Explizit nicht dabei: die FDP. Von der SPD wissen Insider nur, dass sie den „Schulverbesserern“ einige Öffentlichkeitsmaterialien abkaufen und dass bekannte SPDler mitmachen, wie Ex-Senatorin Rosemarie Raab. Kontakt/Material unter: www.die-schulverbesserer.de, Wendenstr. 1a, 20097 HH, Tel.: 3095369-0
Lars Buchmann (LAG Bildungspolitik und Vertreter der LINKEN in CfA)



Auserlesen – Elite unter der Lupe

Nach dem faschistischen „Herrenmenschen“-Unwesen blieb Elite auch im konservativen Spektrum lange Zeit ein verpönte Begriff. Inzwischen ist er nicht nur salonfähig geworden, sondern gilt gar als bildungspolitisches Schlüsselkonzept. Zwei Bücher helfen, den kritischen Blick auf das (nicht nur diskursive) Phänomen zu schärfen. Ihre Leitfrage: Aus welchen Bevölkerungskreisen rekrutiert sich Elite?

Für ihre leicht lesbare, streckenweise spannende Reportage suchte Julia Friedrichs Orte in ganz Deutschland auf, die beanspruchen, die Elite von morgen zu formieren. Teure Internate, private Hochschulen, staatliche Stipendienprogramme, Karrierecoaches für Teenager und das Assessment Center von McKinsey – die junge Journalistin hat beobachtet, Interviews geführt, an McKinseys Auswahlprozess selbst teilgenommen. Wenige Ausnahmen, die ihr begegnen, täuschen nicht darüber hinweg: Die soziale Kluft ist es, die die Ziele, Inhalte und Produkte der Eliteschmieden definiert. Die vermeintlich Besten sind meist Kinder von Privilegierten, die ihrem Nachwuchs mit der Ausbildung unter luxuriösen Bedingungen auch eine gehörige Portion Standesdünkel einpflanzen lassen. Standesdünkel, der selbst einen Westerwelle als zahmen Sozi erscheinen lässt...

Mit wissenschaftlichen Methoden beleuchtet der Soziologe Michael Hartmann das Elitenphänomen. Wie hängen soziale Herkunft, Bildung und Karriere in bestimmten gesellschaftlichen Sektoren zusammen? Hartmanns Auswertung statistischer Daten aus vier Jahrzehnten zerstört den Mythos, Machtpositionen würden in der bundesrepublikanischen „offenen“ Gesellschaft nur nach Kriterien der Leistungsfähigkeit vergeben. Denn in der Konkurrenz zwischen gleichwertig Ausgebildeten setzen sich fast immer diejenigen aus gut- bis großbürgerlichem Hause durch. Der Bildungsoffensive der 70er zum Trotz ist die Chance für ein Kind aus der Arbeiter- oder Mittelschicht auf eine Position als Richter, Manager, Professor oder Spitzenpolitiker sogar noch gesunken. Die Scheuerls sind überall.

Annette Sawatzki, Mitglied im Landesvorstand,
Mitarbeiterin von Jan van Aken (MdB)

Julia Friedrichs, Gestatten: Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von morgen, Heyne 2009 (7,95 €)

Michael Hartmann, Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft, Campus 2002 (19,90 €)

„Wer fragt die Migranten, welche Bildung sie Primarschule – bessere Chancen für Migrantenkinder

Im Hamburger Bildungsbericht 2009 wird an vielen Stellen die Benachteiligung junger MigrantInnen beschrieben und die Notwendigkeit ihrer bildungspolitischen Integration besonders betont, denn Hamburg hat Ländervergleich mit 26 % den größten Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund, bei Kindern und Jugendlichen bis zu 15 Jahren sind es sogar fast 50 %. (1) Für die Jahrgänge 4-8 wird festgestellt, „dass die Lesekompetenz von Kindern, bei denen beide Elternteile im Ausland geboren wurden, bereits zum Ende der Grundschulzeit rund zwei Lernjahre hinter der im Durchschnitt erreichten Lesekompetenz von Kindern aus deutschstämmigen Familien zurückliegt.“ (2) Geht man davon aus, dass das Leseverständnis eine Schlüsselqualifikation zur Erlangung höherer Bildungsabschlüsse und der Studierfähigkeit ist, zeigt sich schon an diesem Ergebnis die eindeutige Benachteiligung von Migrantenkindern. Die internationalen Vergleichsstudien IGLU 2006 und PISA 2006 zeigten, dass es in Deutschland insgesamt deutlich schlechter gelingt als z. B. in Schweden und den Niederlanden, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu schulischem Erfolg zu führen. (3) Die Kluft zwischen Jugendlichen mit und solchen ohne Migrationshintergrund spiegelt sich in den erreichten Bildungsabschlüssen wieder: Überproportional viele junge MigrantInnen befinden sich in Sonder- und Hauptschulen; sie brechen doppelt so häufig die Schule ab oder landen im sogenannten Übergangssystem der beruflichen Bildung, „das kaum in der Lage ist, einen zukunftsfähigen Ausbildungsabschluss zu vermitteln.“ Der Anteil derer, die ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben, ist unter MigrantInnen dreimal so hoch wie unter Deutschstämmigen. Genau umgekehrt ist das Bild beim Abitur: Unter deutschen Jugendlichen ist der Abiturientenanteil dreimal so hoch als in der migrantischen Vergleichsgruppe. (4)

Grund für schulische Nachteile der Migrantenkinder ist nicht Mangel an Lernmotivation, denn Untersuchungen zeigen, dass die Kinder trotz vieler Misserfolge hoch motiviert sind, weil sie die erhofften Chancen durch die Einwanderung nutzen wollen. Unter den vielfältigen Ursachen der Benachteiligung (5) sind drei besonders gravierend: die Selektion nach Klasse 4, die Mehrsprachigkeit und die sozialökonomische Lage der Kinder. Alle drei Faktoren sind miteinander verknüpft: MigrantInnen haben in der Regel einen niedrigeren sozialökonomischen Status als Deutsche, man spricht von einer „Unterschichtung“ der deutschen Gesellschaft (6). Dies wirkt sich negativ auf die Bildungschancen der Kinder aus: Alle Studien seit PISA machten deutlich, dass die soziale Herkunft die Bildungschancen im deutschen Schulwesen entscheidend beeinflusst. So sind die Chancen auf eine Gymnasialempfehlung für ein Kind aus höheren Schichten bei gleicher Leseleistung und gleichen Fähigkeiten drei Mal größer als bei Kindern aus unteren sozialen Schichten! Die Ergebnisse der Hamburger Studie KESS 8 zeigen, dass die Schulempfehlungen oft falsch sind und Kinder aus sozial benachteiligten Schichten diskriminieren.

Dem Recht der Eltern, die weiterführende Schule für ihr Kind auch entgegen der schulischen Empfehlung zu wählen, kommt deshalb große Bedeutung zu, da sie so frühe Selektionsmechanismen korrigieren können. Immerhin 66 % der nicht empfohlenen Kinder befinden sich in den 8. Klassen des Gymnasiums! Schließlich wirkt sich die Mehrsprachigkeit junger MigrantInnen im deutschen Bildungswesen (mit Ausnahme einiger bilingualer Schulformen) nicht als Ressource, sondern als Hemmnis für den Schulerfolg aus. Die sprachliche Frühförderung befindet sich erst im Anfangsstadium und ist nicht verpflichtend. Die Kinder brauchen daher nach Schuleintritt länger, um die Unterrichtssprache Deutsch zu lernen und sind bei einer frühen Selektion, die sich besonders auch an den Leistungen im Fach Deutsch orientiert, benachteiligt.

Die sechsjährige Primarschule – ein Schritt in die richtige Richtung

Die längere gemeinsame Lernzeit ist besonders für Kinder mit Migrationshintergrund förderlich, da ihnen mehr Zeit bleibt, um sich ohne Ausgrenzung sprachlich und intellektuell zu entwickeln. Dass sie dies für bessere Bildungsabschlüsse nutzen können, zeigen die höheren Abschlüsse, die sie in integrierten Bildungssystemen erreichen. Auch die mit der Primarschule verbundene innere Schulreform hin zu individuellem Lernen und kleineren Klassen sind für junge MigrantInnen aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sehr positiv. Unbedingt anzustreben ist mittelfristig jedoch das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 10 in einer Schule für Alle, denn es hat sich gezeigt, dass erst in integrierten Schulsystemen mit entsprechenden Fördermaßnahmen junge MigrantInnen nicht mehr benachteiligt sind, z. B. in Finnland, Schweden und den Niederlanden. (7)

Karin Haas und Zaman Masudi

Sprecherinnen der AG Migration und Flucht und LandessprecherInnen der Hamburger LINKEN

(1) Bildungsbericht Hamburg 2009, hrsg. von der BSB der FHH, Institut für Bildungsmonitoring, S. 51 und 40/41. Migrationshintergrund meint nach Mikrozensus 2006: Menschen mit ausländischem Pass und Nachkommen der ersten Generation von Spätaussiedlern und Eingebürgerten, auch bei nur einem Elternteil aus dieser Gruppe.

(2) Hamburger Studie „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern“ (KESS), die die individuelle Lernentwicklung von Kindern abbildet (Bildungsbericht 2009, S. 193)

(3) „So besuchen z. B. im Jahrgang 5 ca. 40 % aller Kinder mit Migrationshintergrund Sonderschulen oder Haupt- und Realschulen, fast ein Drittel Gesamtschulen und nur 15 bis 18 % Gymnasien.“ (Bildungsbericht 2009, S. 120)

(4) Klaus Klemm, Schullaufbahn als Hindernisparcours – Erfolge und Misserfolge im deutschen Bildungssystem, in: Schüler 2009, Migration, S. 78/79 (Friedrich Verlag)

(5) Benachteiligungen erwachsen aus fehlender Anerkennung der muttersprachlichen Kompetenzen, Mangel an Förderung in der Unterrichtssprache Deutsch, traumatischen Erfahrungen aus Flucht und Migration, unsicherem Aufenthaltsstatus und der Erfahrung des Nichterwünschtheits, beengten Wohnverhältnissen, Überforderung z. B. durch Dolmetschertätigkeit und kultureller Benachteiligung der Mädchen.

(6) Ein Großteil der Migrantenfamilien wurde als ungelernete Arbeiter angeworben, vorwiegend aus ländlichen Gebieten Südeuropas. Die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft stand im Vordergrund, nicht die sprachliche, kulturelle und politische Integration. Höhere mitgebrachte Qualifikationen, etwa von politischen Flüchtlingen, wurden oft nicht anerkannt, sodass viele in niedrig bewertete Arbeitsverhältnisse gedrängt wurden.

(7) Mehr dazu in: Karin Haas, Was tun für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund? In: PISA-Schock: Was sagt DIE LINKE?, hrsg. v. Horst Bethge u. a., Hamburg (VSA), S. 170-175.

wollen?“

Wir wollen abstimmen!

Am 18. Juli wird in Hamburg ein Volksentscheid zur Schulreform stattfinden. Etwa 50% der in diesem Jahr eingeschulten Kinder haben einen Migrationshintergrund. Doch Tausende von Eltern ohne deutsche Staatsbürgerschaft werden an diesem Volksentscheid nicht teilnehmen dürfen, obwohl dabei die Bildungschancen ihrer Kinder auf dem Spiel stehen. Dieses eklatante Demokratiedefizit ist nicht hinnehmbar!

DIE LINKE fordert deshalb für alle Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die dauerhaft in Hamburg leben, ein Wahlrecht auf kommunaler und Landesebene. Das schließt auch das Recht zur Abstimmung bei Volksentscheiden ein.

Denn es ist ein Unding, über angebliche Parallelgesellschaften zu lamentieren – und zugleich MigrantInnen von jeglicher politischer Beteiligung auszuschließen. Der Wohnort und die Gemeinde sind wichtige Bezugspunkte, um eine lokale Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Die Verweigerung von Partizipationsrechten fördert Rückzugstendenzen und Entfremdung, ihre Gewährung eröffnet die Möglichkeit, sich stärker und rascher mit den Gemeinden zu identifizieren, in denen sie sich niederlassen.

Beispielhaft in dieser Hinsicht ist das Betriebsverfassungsgesetz von 1972, das ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund u. a. das passive und aktive Wahlrecht in den Betrieben zugestand. Hiervon gingen enorme integrative und partizipatorische Impulse aus: migrantische ArbeitnehmerInnen bekamen Mitspracherecht auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene und konnten sich in Prozesse der Entscheidungsfindung einbringen. An diese demokratische Tradition gilt es anzuknüpfen.

In Hamburg sind derzeit über 200.000 Bürgerinnen und Bürger von der Willensbildung ausgeschlossen. Man stelle sich einmal vor, dass ganze Stadtteile nicht über die politischen Entscheidungsträger mitentscheiden dürften! Dass Migrantinnen und Migranten nicht über kommunale und landespolitische Angelegenheiten mitentscheiden dürfen, ist eine nichtlegitime Ungleichbehandlung.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat deshalb alle Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, die Hindernisse für eine demokratische Teilhabe der MigrantInnen zu beseitigen. Sie appelliert an die Mitgliedsstaaten, spätestens nach einer Aufenthaltsdauer 5 Jahren grundsätzlich das Kommunalwahlrecht zu gewähren. Bereits in 16 europäischen Ländern gibt es das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. Deutschland verweigert dies immer noch und ist in dieser Hinsicht noch ein „Entwicklungsland“.

Zudem zeigen Studien, dass Länder mit kommunalem Wahlrecht für Drittstaatsangehörige weit überdurchschnittliche Einbürgerungsquoten aufweisen. Die erleichterte Einbürgerung ist unser Ziel. Auch deshalb hat DIE LINKE als erste Fraktion einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht und ist in allen Landesparlamenten, in denen sie vertreten ist, initiativ geworden.

Mehmet Yildiz

Migrationspolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE

Die Interkulturelle Elterninitiative Hamburg

und weshalb sie für den 3. Juli zu einer Abstimmung auf dem Rathausmarkt mit dem Motto „Wir nehmen uns das Recht“ aufruft

In Deutschland wird die Zukunft der Kinder besonders durch ihre Herkunft, die soziale Klasse und den Bildungsstand ihrer Eltern bestimmt. Migrantinnen und Migranten, darunter auch Deutsche mit Migrationshintergrund (Aus- und Übersiedler) gehören zu denjenigen, welche sich allzu oft „ganz unten“ befinden. Dieser Zustand wird nicht zuletzt durch das gegliederte Schulsystem mit früher Trennung der Kinder nach der vierten Klasse für Generationen festgeschrieben. Es schafft und verfestigt auch negative rassistische Vorurteile z. B. in Bezug auf Jugendkriminalität und Nutznießer der Sozialsysteme, mit welchen nicht nur rechtsradikale Parteien Hass und Gewalt schüren.

Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe setzt langes gemeinsames Lernen voraus. Migrantinnen und Migranten ist ein Bildungssystem, in der die Kinder gemeinsam lernen nichts Unbekanntes. Denn in wohl allen Herkunftsländern existiert dieses Schulsystem: eine Schule für Alle. Es ist offensichtlich, dass die Elbvororts-Initiative „Wir wollen lernen“ einer kleinen Oberschicht, die über viel Geld und Medienmacht verfügt, die frühe Selektion nur zur Sicherung ihrer Privilegien und derer ihrer Kinder will.

Die frühe Selektion führt zu einer sozialen und ethnischen Spaltung der Gesellschaft, einer strukturell rassistischen Apartheidssituation

Die frühe Selektion führt zu einer sozialen und ethnischen Spaltung der Gesellschaft, einer strukturell rassistischen Apartheidssituation. Es ist nachgewiesen, dass das bestehende Schulsystem besonders Migrantenkinder benachteiligt. Deshalb müssen sich die genannten Kreise den Vorwurf des Rassismus gefallen lassen, zumal sie einen ungebetenen Bündnispartner neben der FDP haben: die neonazistische NPD, welche ebenfalls ein längeres gemeinsames Lernen in Hamburg verhindern will. Sie bringt das Ziel der Ausgrenzung der Migrantenkinder offen zur Sprache.

Das Schulsystem führt auch die sog. „Integrationspolitik“ ad absurdum, da diese wesentlich auf das Erlernen der deutschen Sprache baut, im Bildungssystem jedoch in Bezug auf Migrantenkinder genau das Gegenteil praktiziert wird. Die frühe Ausgrenzung fördert eine „Ghettoisierung“ und lässt Migrantenkinder in ihrem Bemühen um die Verbesserung ihrer deutschen Sprachkenntnisse im Stich. Die Fragen der Bildungsgerechtigkeit und die Schaffung besserer Schulen gehören daher zusammen und sind für Migrantenkinder, wie für Kinder aus sozial schwächeren Familien, besonders existenziell.

Mit der symbolischen Abstimmung am 3. Juli will die Initiative für die Primarschule werben und die vielen Migrantinnen, die bereits am Volksentscheid teilnehmen dürfen, dafür mobilisieren, von ihrem Stimmrecht am 18. Juli Gebrauch zu machen. Sie nimmt sich zugleich das Recht, die 206.000 HamburgerInnen, die zwar im wahlberechtigten Alter, jedoch mangels deutscher Staatsangehörigkeit von der Teilnahme am Volksentscheid ausgeschlossen sind, ebenfalls über die Primarschule abstimmen zu lassen und fordert eine entsprechende Änderung des Volksabstimmungsgesetzes.

* Afghanischer Elternrat, Africa Club e.V., Afrikanische Union Hamburg e.V., Alevitische Gemeinde Hamburg e.V., Arbeitsgemeinschaft internationaler Jugendverbände e.V., ASBUKA e.V., AYACSA e.V., Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland (BIG) e.V., ElternAktiv - Unternehmer ohne Grenzen e.V., Haak-Bir Hamburg Anatolisch Alevitischer Kulturbund e.V., Hamburger Verein der Deutschen aus Russland e.V., Verein Hellenischer Eltern in Hamburg e.V., InCulture e.V., Kroatische Kulturgemeinschaft e.V., Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Portugiesische Mission, Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V., SchlaufFox e.V., Spanischer Elternrat in Hamburg e.V., Scuola Italiana e.V., Türkischer Elternbund Hamburg e.V., Türkischer Elternbund Finkenwerder e.V., Türkischer Elternverein in Wilhelmsburg, Vereinigung der Ukrainer Norddeutschlands e.V.

Mülayim Hüseyin, Sprecher SOL-Forum

Neuformierung des Rechtspopulismus

Bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben die rechten Parteien den Einzug in den Landtag deutlich verpasst. NPD (0,7%) und Republikaner (0,3%) verloren gegenüber der Landtagswahl 2005 noch einmal deutlich an Stimmen. Der erstmals bei einer Landtagswahl antretenden rechtspopulistischen „Bürgerbewegung“ Pro NRW gelang jedoch mit über 100.000 Stimmen (1,4 %) ein relativ gutes Ergebnis.

Die „rechten Demokraten“ von Pro NRW wollen den „Kasino-Kapitalismus“ stoppen, haben aber nur die bekannten rechtspopulistischen Rezepte zu bieten: „Pro NRW sagt Nein zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, zu Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung.“ Verteilungsprobleme sollen durch rassistische Ausgrenzung gelöst werden. „Ausländische Dauertransferempfänger sollten (...) in einem rechtsstaatlich geordneten Verfahren zügig in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Denn die Gemeinschaft der Staatsbürger ist weder gesetzlich noch moralisch verpflichtet, geschweige denn in der Lage, das ‚Sozialamt für die ganze Welt‘ zu spielen.“ Kein „Sozialamt für die ganze Welt“, heißt außenpolitisch gewendet: „Keinen Cent für Griechenland!“

Der Zulauf für neu-rechte Bewegungen dieser Art hält sich in NRW wie in der ganzen Republik bisher in Grenzen (Ausnahme: Schill 2001). In anderen europäischen Ländern jedoch sind rechtspopulistische Kräfte schon seit längerem im politischen System verankert oder erfahren unter den Bedingungen der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Wiederbelebung.

So erlebte der französische Front National nach Jahren des Nieder- und Kriebgangs bei den Regionalwahlen im März eine Renaissance. Im ersten Durchgang erreichte der FN einen Stimmenanteil von 11,7% und im 2. Wahlgang in den Regionen, in denen er noch einmal antreten konnte, 17%. Der FN eroberte damit Wählergruppen zurück, die Nicolas Sarkozy 2007 für sich gewonnen hatte: das nationalkonservative Bürgertum sowie eine von Abstiegsängsten geplagte untere Mittelschicht aus Angestellten, Rentnern und Selbständigen.

Sarkozy selbst war als Frontmann einer neuen Rechten angetreten, die sich des Vokabulars der Nationalen Front bei Themen wie innerer Sicherheit oder Einwanderungskontrollen bediente. Er versprach, der „Präsident

der Kaufkraft“ zu sein, die Franzosen sollten „mehr arbeiten, um mehr zu verdienen“. Die einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise führte diese neoliberale Versprechen ad absurdum. Gescheitert ist zudem Sarkozys Versuch, mit einer Debatte über die „nationale Identität“ das rechte Lager einzubinden – von der damit einhergehenden Belebung von Ressentiments profitierte der Front National, der in seiner jüngsten Kampagne auf die Gefahren der „Islamisierung“ abhob. Als Vorbild galt dabei die Kampagne der Schweizer Minarettgegner.

Auch die Niederlande erleben eine Renaissance des Rechtspopulismus. Schon bei der Europawahl fuhr Geert Wilders mit seiner „Partei für die Freiheit“ (PVV) 16,9 % ein. Bei den Kommunalwahlen im März stieg die PVV in den beiden Städten, in denen sie antrat, zur stärksten bzw. zweitstärksten politischen Kraft auf. Und ein weiterer Vormarsch bei den Neuwahlen zum Landesparlament im Juni ist wahrscheinlich.

Die Zerklüftung der niederländischen Gesellschaft – forciert durch drastische Deregulierung des Arbeitsmarkts, Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme und massive Privatisierung öffentlicher Unternehmen – war schon vor Ausbruch der Wirtschaftskrise weit fortgeschritten. Sie schlägt sich u. a. nieder in einem zersplitterten Parteiensystem (im aktuellen Landesparlament gibt es 10 Parteien), in dem Christ- und Sozialdemokraten ihre lange vorherrschende Stellung längst verloren haben.

Das Ende der schwarz-roten Koalition verdankt sich nicht nur dem Dissens in der Afghanistan-Frage, sondern auch dem Unvermögen, sich auf überzeugende Antikrisenprogramme zu einigen. Die Niederlande sind schwer von der Krise gebeutelt, die Wirtschaftsleistung sank 2009 um 4,5%. Die Interventionen der Regierung zeigen die für alle kapitalistischen Metropolen charakteristische Schieflage: 50 Mrd. € wurden in die Sanierung des Finanzsektors gesteckt, 7 Mrd. € in Konjunkturprogramme. Die Haushaltsüberschüsse der letzten Jahre sind, auch wegen wegbrechender Steuereinnahmen, in ein stetig anschwellendes Defizit umgeschlagen, die öffentliche Verschuldung stieg sprunghaft auf 65,8%.

Während die Christdemokraten eher früher als später aus der Politik des ungeliebten Staatsinterventionismus aus-

steigen und der Konsolidierung der Staatsfinanzen den Vorrang geben wollen, scheut die Sozialdemokratie die damit einhergehende Beschneidung sozialer Leistungen. Aber wie die europäische Sozialdemokratie insgesamt hat auch sie keinen Plan, wie aus dem von ihr mit angerichteten Schlamassel herausgekommen werden soll.

Die Stunde der krisenbedingt noch härter werdenden Verteilungsauseinandersetzungen wird so zur Stunde des Rechtspopulisten Wilders. Die Unfähigkeit der etablierten Parteien zur Entwicklung tragfähiger Lösungsvorschläge macht es ihm leicht, die weit verbreitete Politikverdrossenheit in Zustimmung für seinen Feldzug gegen die politische Klasse umzumünzen. Mit rassistisch unterfütterten „Lösungs“angeboten gewinnt er Teile des vom sozialen Abstieg sich bedroht fühlenden oder bedrohten Kleinbürgertums für sich.

Wilders „Partei“ hat die klassischen Ingredienzen des modernen Rechtspopulismus: Bewegung mit charismatischem Führer und demokratiefeindlichem Autoritarismus. Perfide spielt Wilders auf der Klaviatur der Vorurteilsstrukturen im Alltagsbewusstsein: „Ich halte den Islam sowieso für eine totalitäre Ideologie, die mit Kommunismus und Faschismus eher vergleichbar ist als mit Religionen. (...) Islamisierung ist ein Krieg, der mit den Waffen Demographie und Masseneinwanderung geführt wird. Das muss gestoppt werden. Und wir müssen strenger zu den Menschen sein, die schon hier sind (...) und) die freiwillige Rückkehr von Einwanderern fördern. Außerdem darf es nicht mehr islamische Symbole geben, nicht noch mehr Moscheen. Da der Islam keine Religion, sondern eine Ideologie ist, widerspricht das auch nicht der Religionsfreiheit. Wir müssen auch islamische Schulen schließen.“

Sein Antikrisen-„Programm“ ist geprägt durch den für Rechtspopulismus charakteristischen (keineswegs auf MigrantInnen begrenzten) Ausgrenzungsdiskurs: „Das Kabinett leistet sich verrückte linke Hobbys: Wir zahlen Milliarden für sogenannte Problemviertel in unseren Städten, überweisen Milliarden an Entwicklungshilfe, geben weitere Milliarden an die Europäische Union, lassen uns Einbürgerungskurse eine halbe Milliarde Euro im Jahr kosten und den öffentlichen Rundfunk noch einmal so viel. Man kann problemlos Dutzende Milliarden einsparen, ohne dem Durchschnittsbürger weh zu tun. Dann müssen Steuern gesenkt und das Defizit vermindert werden.“

Auf ressentimentgeladener sozialer Ausgrenzung und dem Frontalangriff auf das politische System basierende rechtspopulistische Konzeptionen haben sich schon seit den 1980er Jahren in Dänemark, Frankreich, Italien, Österreich etc. als zugkräftig erwiesen. Soweit Rechtspopulisten in Regierungskoalitionen eingebunden waren (z.B. Fortuyn, Haider oder Schill), kam es oft zum schnellen Abstieg, weil sich ihre Versprechungen als unhaltbar erwiesen. Wirtschaftskrise und Konzeptlosigkeit des bürgerlichen Lagers und der Sozialdemokratie begünstigen nun jedoch erneut das Erstarken solcher Bewegungen und Parteien – und es ist keineswegs auszuschließen, dass sich auch hierzulande eine rechtspopulistische Strömung formiert.

Denn auch hier führt die für den Finanzmarktkapitalismus charakteristische Tendenz der sozialen Polarisierung, Zersplitterung der Lebensverhältnisse und Ausgrenzung größerer Bevölkerungsteile aus dem Produktionsprozess zur massiven Zunahme von Zukunftsängsten bzw. Angst vor sozialem Abstieg. Fremdenfeindliche, rassistische Mentalitäten sind spezifische Verarbeitungsformen einer „prekären Normalität“ mit zunehmender sozialer Unsicherheit, deren Ursachen unbegriffen bleiben. Hinzu kommt als ganz wesentlicher Faktor ein massiver Vertrauensverlust ins politische System, die weit verbreitete Einschätzung einer stark eingeschränkten Kompetenz der Politik bei der Steuerung oder Kontrolle der sozioökonomischen Prozesse und einer Selbstbedienungsmentalität bei großen Teilen der politischen Klasse. Die Wahlen in NRW zeigen, dass sich diese Krise der politischen Repräsentanz weiterhin verschärft: die Wahlbeteiligung sank auf 59,3 % – 5,5 Mio. NichtwählerInnen sind eindeutig die stärkste „Partei“.

Verfall des Vertrauens in die politischen Institutionen, wachsende Sorge um die Zukunft und eine auch subjektiv stärker wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft – vor diesem Hintergrund werden Sündenböcke für die Belastung der sozialen Netze und der öffentlichen Haushalte gesucht und gefunden.

In Hamburg ist der Volksentscheid über die Schulreform zum Kristallisationspunkt für Verwerfungen innerhalb des bürgerlichen Lagers geworden. Möglicherweise münden die sich hier auftuenden Gräben in der Formierung einer neu-rechten Bewegung. Dass es dafür in der Stadt ein Potential gibt, hat zuletzt der Rechtspopulist Schill gezeigt.

Zwar vermeidet die Scheuerl-Initiative offen rassistische Rhetorik und sucht in der medialen Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, bei der Mobilisierung für eine „Elite“ nicht auf soziale Ausgrenzung zu setzen. Die Lobgesänge auf die „Leistungsträger“ bedienen gleichwohl direkt oder indirekt die Vorurteile gegenüber denen, deren Kinder man nicht in den Klassen der eigenen Zöglinge haben will. Hinzu kommt die Frontstellung gegen „die Rathausparteien“, die die Vorbehalte gegenüber „der Politik“ offen ins Kalkül zieht. Der Ausgang des Volksentscheids wird zeigen, wie groß der Resonanzboden für solche rechten Töne sind.

Die LINKE sollte sich deshalb mit der Bedrohung, die in der Herausbildung einer auf ressentimentgeladenen Schuldzuweisungen basierenden neu-rechten Bewegung liegt, intensiver beschäftigen.

Bernhard Müller

Bezirkssprecher Altona und Landesschatzmeister,
Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“

Die Lobgesänge auf die „Leistungsträger“ bedienen gleichwohl direkt oder indirekt die Vorurteile gegenüber denen, deren Kinder man nicht in den Klassen der eigenen Zöglinge haben will

Kontrovers: Die strategische Einschätzung der Hamburger CDU

Bedeutet die Primarschulreform, daß die LINKE ihre Gegnerschaft zur CDU in Hamburg (teil)revidieren muß? Oder beginnt Veränderung auch gegen konservative Umarmungsversuche mit Opposition? Mit der Befürwortung der Primarschulreform durch die LINKE werden Fragen aufgeworfen.

Brennende Vorstädte?

In Diskussionen um die Primarschule in Hamburg argumentiert Bürgermeister von Beust:

„Wir haben in der Stadt einen Prozess der Desintegration (...) Teile der Eliten (werden) ihrer Verantwortung nicht mehr gerecht. 375 Menschen haben sich angezeigt, weil sie ihr Geld ins Ausland gebracht und so Steuern hinterzogen haben. Immer mehr Menschen wollen sich abgrenzen. „Warum soll ich mit meinen Kindern die Probleme der Kinder von Wilhelmsburg lösen?““ wird mir bei Diskussionsrunden zur Schulreform entgegengehalten (...) Ich kämpfe mit viel Verve für diese Reform. Denn wir brauchen besser ausgebildete junge Leute. Es kann nicht sein, dass eine Akademikergeneration die nächste heranzieht und die anderen gucken in die Röhre. Das fliegt uns sonst um die Ohren. Da muss man nur nach Frankreich gucken (...) Zum Glück (sind wir) noch weit von den Zuständen wie in Pariser Vorstädten entfernt.“

Diesen Aussagen entspricht ein offensichtlicher Kurswechsel in der Sozialpolitik des Senats 2006, als nach Beendigung der Koalition mit der FDP und der Schill-Partei die CDU den Senat alleine stellte.

Unter dem Motto „Lebenswerte Stadt“ wurden spezielle Programme mit 90 Mio. € Fördergeldern aufgelegt: „Offensiven“ für Bildung, Familien und Quartiere. In Problemvierteln wurden die Klassenfrequenzen gesenkt, Nachbarschaftszentren für Familien in Kitas eingerichtet und Jugendfreizeiteinrichtungen gefördert. Ausgewählt wurden wegen hoher Arbeitslosigkeit und MigrantInnenanteile die Stadtteile Wilhelmsburg, Billstedt, Barmbek-Süd, Altona-Altstadt, Lohbrügge-Ost und Steilshoop. Beusts Begründung: Jeder sollte eine Chance bekommen in einem Sozialstaat, der die Menschen nicht dauerhaft alimentiere, sondern Hilfe zur Selbsthilfe aufzeige. Wir Linke hatten das damals als Tropfen auf den heißen Stein begrüßt und kritisiert. Denn eine prinzipielle Abkehr von neoliberaler Politik war damit nicht verbunden, die generelle Reduzierung staatlicher Daseinsfürsorge, deren Verlagerung auf ehrenamtliches Engagement, die unsoziale Gebührenpolitik setzte sich fort.

Zur Erinnerung: Nach dem Tod zweier Jugendlicher in einer Pariser Vorstadt 2005, die sich vor der Polizei flüchteten, entlud sich dort der Zorn der Jugendlichen in explosiver Form: Hunderte von Autos brannten, es gab tagelange Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und der Polizei, die der damalige Innenminister Sarkozy noch durch markige Sprüche anheizte. Danach lebte auch international der alte Methodenstreit innerhalb

des bürgerlichen Lagers wieder auf, wie am besten auf soziale Unruhen und die schwindende Massenzustimmung bei Wahlen zu reagieren sei. Die Hardliner des Mitte-Rechts-Spektrums setzen verstärkt auf Repression durch Polizei und Staatsapparat (wie z. B. Sarkozy oder der damalige New Yorker Bürgermeister, „Null Toleranz“-Giuliani), auf rechtspopulistische Propaganda, Nationalismus, Rassismus und Anti-Islamismus (wie Le Pen, Haider, Berlusconi, Blocher und Wilders oder die neuen Rechtsparteien in Polen, Ungarn und den baltischen Staaten) und auf eine noch schrillere Diffamierung des Sozialstaates, der hohen Sozialausgaben und der Beziehung von Transferleistungen (wie z. B. Westerwelle).

Ordnete sich Beust zu Beginn seiner Regierungszeit noch in dieses Hardliner-Lager ein, vollzog er nach dem Scheitern der Schill-Koalition eine Anpassung an aufgeklärtere konservative Strömungen, die mit einzelnen Dogmen der neoliberalen Orthodoxie brechen: Sie anerkennen zumindest vordergründig die Grenzen der Regulationsfähigkeit des Marktes, bejahen die Ordnungsfunktion des Sozialstaates oder die ökologische Verantwortung der Politik und sind bereit, dafür auch einen Preis zu zahlen. Ideengeschichtlich aktualisieren solche „modernen Konservativen“ Ansätze der Sozialliberalen oder der katholischen Soziallehre. Die Anfänge dieser Renaissance gehen bis in die 70er Jahre zurück, doch die Akzente haben sich verlagert. Ging es den dänischen Autoren Meyer/Petersen/Sörensen 1978 in ihrem Bestseller „Aufruhr der Mitte“ noch darum, als Reflex auf die so genannte „Studentenbewegung“ der 60er einen „dritten Weg“ zwischen Liberalismus und Marxismus zu finden, stehen Bürgerliche heute beim Versuch, ihre Massenbasis immer wieder herzustellen, vor einer anderen Ausgangssituation. Folgen des marktradikalen Neoliberalismus – das Zusammenbrechen öffentlicher Infrastruktur nach rigider Privatisierungspolitik, die Zunahme sozialer Unruhen – sind weltweit sichtbar geworden. Beispiele wie die Londoner U-Bahn oder die britischen Eisenbahnen, die dänischen Buslinien, die Wasserversorgung in Annecy (Frankreich) oder Cochabamba (Bolivien), die gesamte Staatlichkeit in Neuseeland oder die Energieversorgung in Kalifornien schrecken viele in der „alten“ oder „neuen Mitte“. „Vielleicht braucht eine funktionierende Marktwirtschaft weniger liberalisierte Märkte als Vertrauen und Loyalität, und vielleicht hat die Liberalisierung dieses Vertrauens zerstört“, so ein neuseeländischer Ökonom 2001. In Reaktion auf diese Tendenz propagierte z. B. George W. Bush einen „mitfühlenden Konservatismus“ (compassionate conservatism). Sein „Policy Committee for Religion“ unter Leitung des ehemaligen KP-Mitgliedes

Marvin Olasky, die schwedischen „Moderaterna“ und die britischen Konservativen setzten darauf, durch Einbindung zivilgesellschaftlicher Kräfte das „soziale Kapital“ zu stärken (mehr Bürgerbeteiligung, mehr finanzielle Eigenbeteiligung und mehr Verantwortung der Kirchen). An diesen Diskurs schließt z. B. Paul Nolte an, wenn er aus seiner Kritik an der „kollektiven Verantwortungslosigkeit“ gegenüber der von ihm als „Verwahrlosung“ gekennzeichneten sozialen Spaltung der Gesellschaft folgert, die Politik müsse vor allem das bürgerschaftliche Engagement stärker fördern (und so den Staat entlasten). Demgegenüber setzen Anhänger der katholischen Soziallehre (Hengsbach, Geißler, Blüm) auch weiterhin auf die zentrale Funktion staatlicher Fürsorge bei der Kompensation der vom Kapitalismus verursachten sozialen Verwerfungen.

Es sind insbesondere die ökonomisch Aufgeklärten unter den Konservativen, die für längeres gemeinsames Lernen eintreten. Ihnen geht es vorrangig um die Sicherung des Standorts, die ohne ausreichend gut ausgebildete Arbeitskräfte nicht zu haben ist. Aus ihrer Perspektive gilt es, die sozialen Folgekosten eines Bildungssystems zu minimieren, das manche nur „auf Hartz IV lernen“ lässt und dergestalt „tote Kosten“ hervorbringt, wo „Humankapital“ produktiv werden könnte. Es gilt, auch die Verlierer des Systems zumindest mit den Basisqualifikationen auszustatten, die ihnen das Absolvieren von Qualifizierungsschleifen, prekäre Job“karrieren“ und ein möglichst füsames, produktives und profitables Maß sozialer Integration ermöglicht – denn auch Wegsperrern und Repression sind langfristig zu teuer. Gegen diese Fraktion, der auch Beust angehört, stellt sich Koch, wenn er bei Kita, Bildung und Wissenschaft kürzen will, und gegen sie stellen sich die Elbvororte, wenn sie auf „Deubel komm raus“ ihre Privilegien verteidigen und den Rest die Polizei erledigen lassen wollen.

Die Linke tut gut daran, Streitereien im bürgerlichen Lager, unterschiedliche Positionen der verschiedenen Kapitalfraktionen und auch kleinere Kurskorrekturen in den Mitte-Rechts-Parteien wahrzunehmen. Nicht, um in Ideologiekritik zu versinken, sondern um abzuklopfen, wo Risse vergrößert, Machtblöcke zum Bröckeln gebracht und u. U. partielle, konkrete Verbesserungen der Lebenslage von Bevölkerungsteilen durchgesetzt werden können – und wo nicht. Auch für die Einleitung einer politischen Wende kann das strategisch entscheidend sein.

Für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan können sich andere, punktuelle Bündnispartner finden als bei der Regulierung des Finanzmarktes, der Abschaltung der Atomkraft oder der Abschaffung der Studiengebühren. Dies ist kein Plädoyer für eine beliebige, wahl- und heillose Bündnispolitik, denn Voraussetzung ist stets, dass die Linke ihre Positionen nicht aufgibt – wie etwa die des gemeinsamen Lernens bis Klasse 10, in das die Primarschulreform nur ein Einstieg ist. Nach den Erfahrungen mit dem Faschismus muss für Linke klar sein: die Verelendungstheorie ist ein Irrweg, und die Vorstellung, ein Polizeiknüppel auf den Kopf des Proleten bringe ihn zum Denken, hat sich als fatal erwiesen.

Horst Bethge, Sprecherteam der BAG Bildungspolitik

Systemwechsel mit dem Bürgermeister?

„Bei nüchterner Betrachtung bin ich überzeugt, es geht in vielen Bereichen nicht um eine Reform des Systems oder der Sozialsysteme, nicht einmal ein Umbau reicht aus, sondern es geht um nichts weniger als einen Systemwechsel.“
Ole von Beust, Rede vor dem Überseeclub, 22.9.2003.

Ole von Beust will einen „Systemwechsel“. Einen Bruch mit dem Sozialstaat, um „zum Grundgedanken der Marktwirtschaft zurück zu gelangen“. Eine Rechtsentwicklung auf der Grundlage von „Freiheit“ („Eigenverantwortung“ statt sozialer Sicherheit), mit dem „Markt als Prinzip“ (die Durchsetzung von Konkurrenz in allen Lebensbereichen) und „soziale Gerechtigkeit als Ausdruck von Nächstenliebe“ (alle haben das Recht, unter Brücken zu schlafen und sich bei der Heilsarmee einzukleiden). Als historische Hindernisse gegen diesen Systemwechsel macht er einen tradierten „Wert der Geborgenheit und Sicherheit“ sowie antifaschistische „Reflexe“ aus: Weil der Nazi sich auf das „Recht des Stärkeren“ berief, hätten die „sogenannten Schwachen“ heute „moralische und politische Ansprüche (...), die einer Überprüfung nicht immer standhalten“. Das Bündnis mit Schill zur Regierungsübernahme 2001 war programmatisch konsequent.

Diese Position – dargelegt in einer Rede, die nicht für die allgemeine Öffentlichkeit bestimmt war – vertritt der Bürgermeister bis heute. Klammheimlich, geschmeidig und durchschaubar. Wenn man denn durchschauen will.

Wo ein „schmissiger“ Roland Koch rechtspopulistisch herumpöbelt, will ein „hanseatischer“ Ole von Beust jegliche Opposition leise verhandelnd hinwegintegrieren. Die geplante Schulreform ist aufschlußreiches aktuelles Beispiel für diese Taktik. Von der FAS gefragt, ob er der „Totengräber des Gymnasiums“ sei, kam die eindeutige Antwort: *„Nein, im Gegenteil. Ich bin der Retter des Gymnasiums. Denn in der Hamburger Bürgerschaft gibt es eine Mehrheit für neun Jahre gemeinsames Lernen. Die Grünen, die SPD und die Linkspartei haben das in ihren Programmen stehen. Wenn sie sich gemeinsam durchgesetzt hätten, wäre das das Ende des Gymnasiums gewesen!“* (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.2.2010). Ole von Beust wahrhaft: elitär, präsidial und sozial ignorant. Der Unterschied zu Koch: vor allem taktisch.

Will die Linke die „Eine Schule für Alle“ durchsetzen, muß sie sich folglich mit der CDU anlegen. Sie tut gut daran, angriffslustige Opposition zu sein. Sich nicht zu frieden zu geben. Den Kopf und ihre Ansprüche zu heben. Überzeugen zu wollen, den Ursachen der gesellschaftlichen Zumutungen auf den Grund zu gehen. Sich und andere für die politischen Auseinandersetzungen zu qualifizieren. Solidarisch, egalitär, kooperativ und, wenn's paßt, mit Humor. Für den Systemwechsel. In echt.

Saskia Mestern, AG gegen Rechts

Welches gesellschaftspolitische Ziel soll Schulbildung verfolgen?

Es wird niemanden verwundern, wenn DIE LINKE als generelles Ziel schulischer bzw. lebenslanger Bildung nach wie vor die allseitig entwickelte Persönlichkeit sieht (1). Als Ausgangspunkt gilt: Bildung ist ein Menschenrecht (2). Bildung soll, wie es im aktuellen Programmentwurf der LINKEN lautet, „Menschen in die Lage versetzen, als Individuen und gemeinsam mit anderen ein freies, ein sozial verantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu führen und die gesellschaftliche Entwicklung (insbesondere auch hinsichtlich ihrer notwendigen Veränderung, G.Z.) aktiv mitzugestalten.“ (3)

In Abgrenzung zum bürgerlich-humanistischen Bildungsbegriff – Bildung verstanden als Aneignung kultureller Werte im Einklang mit einer auf dieser Basis fortschreitenden Entwicklungstendenz der Gesellschaft – zielt emanzipatorische Bildung auch auf Widerstand, auf kritische Analyse historischer und gegenwärtiger gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die nach bürgerlich-humanistischer Vorstellung gerade bewahrt, gesichert, erhalten werden sollen. Und in der Tat dient Bildung, vermittelt durch die staatliche Institution Schule, immer der Reproduktion der für die bestehende und zu erhaltende Gesellschaft nötigen Kräfte und humanen Ressourcen. Darauf zielen, und das sollte nicht übersehen werden, alle wohlklingenden Konzepte aktueller staatlicher Bildungsreformen. Zu den in einer modernen kapitalistischen Industriegesellschaft benötigten Fähigkeiten gehören eben auch Teamarbeit, Kreativität, eigenverantwortliches Denken und Handeln sowie die Ausschöpfung schlummernder, bisher brachliegender Bildungspotenziale aus den bisher von weiterführender Bildung ausgeschlossenen sozialen Schichten. Dies ist für Bestand und Zukunft dieser Gesellschaft unabdingbar. Die benötigten Fähigkeiten enthalten aber zugleich

ein emanzipatorisches Potential, d.h. Instrumente zum Erkennen eigener und gesellschaftlicher Interessen, die zur Veränderung und Überwindung bestehender ökonomischer Macht- und Herrschaftsinteressen führen können. Dies Potential zu nutzen, also bewusst und wirksam zu machen, muss Aufgabe linker Bildungspolitik sein (4).

In Hinblick auf ihren utopischen, also auf gesellschaftliche Zukunft verweisenden Charakter zielt Bildung insbesondere auf folgende drei Aspekte:

„Erstens ein Bewusstsein für die noch nicht realisierten Möglichkeiten einer kollektiven Humanität im Zeichen von Freiheit und Gerechtigkeit als Garant für Selbstbestimmung, Emanzipation und Mündigkeit.

Zweitens die Anerkennung der Unverfügbarkeit der Subjekte, insofern jedem das Recht zusteht, Zweck seiner selbst zu sein.

Drittens ein Wissen über die konkreten gesellschaftlichen Zwänge, die eine solch umfassende Humanität verhindern.“ (5)

Da also Bildung selbst immer schon den Widerspruch von auf Erhalt der Herrschaft und Munition zu deren Überwindung, den Widerspruch also von Freiheit und Knechtschaft in sich enthält, gilt es, die im Sinne der Herrschenden geforderten Fähigkeiten zum reflektierenden Denken und Handeln zu nutzen, um gesellschaftliche Zwänge und Widersprüche zu erkennen, im gemeinsamen Handeln zu überwinden, letztlich aufzuheben. Auf eine Formel gebracht heißt das als Bildungsziel: „Die funktionale Rationalität muss in eine humane Rationalität überführt werden.“ (6)

Elternverein Hamburg

1979 von reformfreudigen, innovativ denkenden Eltern gegründet, um die Hamburger Schulpolitik mit zu gestalten und ein öffentliches Forum für Diskussionen, Fragestellungen und Kritik zu schaffen. Er setzt sich für die Einführung der Primarschule als einen ersten wichtigen Schritt hin zum längeren gemeinsamen Lernen in einer Schule für Alle bis Klasse 10 ein. Darüber hinaus für

- die integrierte Gesamtschule als Schule für alle Kinder mit bestmöglicher Förderung der Fach-, der Lebens- und der Sozialkompetenz
- gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern
- Chancengleichheit
- angemessene personelle und materielle Ausstattung unserer Schulen
- kleine Klassen und Lerngruppen
- qualitative und quantitative Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Förderung über- und außerbetrieblicher Ausbildung
- bessere Bedingungen an den Berufsschulen

Vorsitz: Sabine Boeddinghaus, www.sabine-boeddinghaus.de, www.elternverein-hamburg.de



Bezogen auf die gegenwärtige Bildungsreform-Debatte geht es vom Ansatz der staatlich gesteuerten Reform her weiterhin darum, die Interessen des Kapitals in einer technologisch immer anspruchsvoller und differenzierter ausgeprägten Wirtschaft zu bedienen. Es geht also um möglichst effiziente Ausschöpfung der „Humanressourcen“ und deren Umwandlung in „Humankapital“. Dem dienen all die neu entwickelten Standardisierungen sowie eine Leistungsdiagnostik, die die funktionale Zuordnung zu einer effizienten Verwertung ermöglicht. Dem entgegen zu setzen ist eine Bildung, die die „Vielfalt kindlichen Subjektvermögens“ (7) ernst nimmt, fördert und zur Entfaltung verhilft, statt sie durch kapitalinteressen-gesteuerte Normierung verkümmern zu lassen. Und auch hier gilt wieder die subversive Nutzung der Reproduktionsfunktion von Bildung: die moderne Zauberformel des individualisierten Unterrichts ermöglicht und erleichtert sie zumindest. Und wer, auch quer durch das ganze Spektrum des bürgerlichen Lagers, wollte dem schon widersprechen, dass „unsere Demokratie“ mündige, kritische, streitbare Menschen braucht, die willens und in der Lage sind, ihre Gesellschaft mitzugestalten.

Geht ihr die richtige, die marxistische Analyse der Gesellschaft voraus und ist sie auch wirksam vermittelbar, dann ist nichts dagegen einzuwenden.

Gottfried Zweynert, pensionierter Gymnasiallehrer, Mitarbeiter der AG Bildungspolitik der LINKEN, Hamburg

Anmerkungen

- 1) In den Bildungspolitischen Leitlinien der PDS, vorgelegt auf der Bildungspolitischen Konferenz der PDS in Weimar 2005 ist das so formuliert: „Wir wollen eine Bildung, die auf das vielseitig entwickelte Individuum zielt, das in der Gemeinschaft grundlegende Bedingungen für seine Entwicklung, aber auch Orientierung für seine Entfaltung findet.“ In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2005, hg.v.d. AG Bildungspolitik in der Linkspartei.PDS
- 2) Menschenrechtserklärung der UN, Art. 26
- 3) 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE. Entwurf der Programmkommission, S.19 vgl. hierzu auch: Birke Bull, Bildungspolitische Alternativen DER LINKEN. Thesen für die Programmdebatte, in: Zukunftswerkstatt LINKE Bildungspolitik (ZLB), 1/2010, S.16ff.
- 4) Vgl. Bildung für Alle: Für ein einheitliches demokratisches Bildungssystem. Bildungspolitisches Konzept DIE LINKE Hamburg (Entwurf), insbes. S. 2f, vgl. theoretisch weiterführend hierzu: Armin Bernhard, Ein anderes Bildungsverständnis ist nötig. Demokratisierung statt Kommerzialisierung von Bildung – Grundlage einer demokratischen Bildungsreform, in: ZLB 1/2009, S.7ff.
- 5) Eva Borst, Zur Notwendigkeit eines kritischen Bildungsbegriffs in Zeiten des Neoliberalismus, in: ZLB 1/2009, S.19
- 6) Borst, a.a.O., vgl. auch Armin Bernhard, Elemente eines kritischen Begriffs der Bildung, in: ZLB 1/2009, S.23ff.
- 7) Armin Bernhard, Ein anderes Bildungsverständnis ist nötig..., in: ZLB 1/2009, S.7

Emanzipatorisches Potenzial der Bildungsinhalte

Aus Gottfried Zweynerts Beitrag in diesem Heft geht hervor, den dialektischen Widerspruch der Anforderungen an Bildung, die das Verwertungsinteresse des Kapitals hervorbringt und dem Ziel jedes Individuums Zweck seiner selbst zu sein, zu nutzen, um dem angestrebten Ziel einer humanen Gesellschaft näher zu kommen. Wenngleich sich inzwischen (nicht nur im Bildungswesen) abzeichnet, dass die Kapitalinteressen an einem Teil (ca. 1/4) der jungen Menschen und ihren potentiellen Fähigkeiten überhaupt nicht mehr interessiert sind und konsequent auch nicht an deren Weiterbildung oder Eingliederung in eine die selbstständige Existenz ermöglichende Berufstätigkeit – das gilt im Übrigen erst recht bezogen auf die ganze Menschheit –, so bleibt für die Mehrheit doch das Verwertungsziel erhalten und damit auch der o.g. Widerspruch. Natürlich muss Bildung, zumal schulische, die jungen Menschen in die Lage versetzen, ihre Arbeitskraft zur Sicherung ihrer Existenz möglichst teuer zu verkaufen. Es stellt sich aber schon lange die Frage, wie kann das latent gesellschaftskritische Potential der Bildungsziele auch unter den heutigen Verwertungsbedingungen gefördert und ausgebaut werden. Strukturell, inhaltlich und methodisch gab es gegen Ende des 19. Jahrhunderts und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Teilen der reformpädagogischen Bewegung Antworten auf diese Frage, nicht nur theoretische sondern auch praktische. Aber im Verlauf der Entwicklung und Differenzierung dieser Bewegung zeigte es sich (z.B. in der Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus), dass eine strukturelle Änderung des Bildungswesens nicht automatisch mit einem emanzipatorischen Anspruch gekoppelt sein muss. Das ist bis heute so geblieben. Es gilt nämlich auch die umgekehrte Möglichkeit: emanzi-

patorisches Potential der Bildungsinhalte und -methoden stehen immer auch in der Gefahr für Kapitalverwertungsinteressen missbraucht zu werden. Daher bedarf es ständiger kritischer Prüfung und Weiterentwicklung vorhandener Ansätze, um dieser Gefahr entgegen zu wirken. Ich will dies an einigen aktuellen Beispielen verdeutlichen: **„Individualisiertes Lernen“**: emanzipatorisches Potential wird in diesem Ansatz nur geweckt, wenn dabei auch auf die Formen solidarischer kollektiver Kooperation geachtet wird und die Inhalte die Möglichkeit zu einer kritischen und auf eine emanzipatorische und humane Zukunft gerichtete Sicht auf die gegenwärtige Gesellschaft und Welt bieten. Dass solche Lernformen nur dann erfolgreich funktionieren, wenn auch die Lerngruppengröße und die LehrerInnenressourcen entsprechend angepasst sind, versteht sich von selbst. **„Projektorientiertes Lernen“**: stand und steht ständig in der Gefahr, missbraucht zu werden und unpolitischer Beliebigkeit anheim zu fallen oder gar von kommerziellen Interessen geleitet zu werden. Demgegenüber steht das Verständnis von Projekten i.S. von John Dewey als Ausgangspunkt, in den 80er und 90er Jahren weiterentwickelt von Gerhard Jürs, C.J. Schröder und dem Autor, beispielhaft praktiziert an der Erich-Kästner-Gesamtschule in den 90er Jahren. Projekte haben nach diesem Verständnis eine doppelte Aufgabe, die der Anleitung durch die LehrerInnen bedarf: einerseits soll den Lernenden der Prozess der demokratischen Themenfindung vermittelt werden, andererseits sollen die Inhalte einen kritischen gesellschaftsrelevanten Kern haben und das Produkt soll beides widerspiegeln. Auch für solche Lernformen werden entsprechende Ressourcen benötigt. **„Erlebnispädagogische Lernformen“**: auch dies kann

zur bloßen Methode verkommen und auch als „Action-Pädagogik“ missbraucht werden, wenn es nicht mit emanzipatorischen und gesellschaftskritischen Inhalten verbunden wird. Hier kommt vor allem der erzieherische Aspekt von Bildung zum Tragen und hier besonders das kooperative und solidarische Lernen. „Friedenserziehung“ als Prinzip und nicht als gesonderte pädagogische Veranstaltung kann nur gelingen, wenn es entsprechende Ausbildungs- und Fortbildungsangebote für die Lehrenden gibt und auch hier die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden und nicht i.S. der Bundeswehrjugendoffiziere als „Verteidigungs- und Wehrebereitschaft“ für „unsere“ Freiheit missbraucht wird.

Die wenigen Beispiele legen nahe, dass auch die LehrerInnenausbildung einer gründlichen inhaltlichen und strukturellen Veränderung bedarf (z.B. i.S. der Einphasigen LehrerInnenausbildung an der Carl-von-Ossietzky-Universität in den 70er und 80er Jahren.) Die einzige allgemeinbildende staatliche Schulform, an der die o.g. emanzipatorischen Inhalte in einer strukturellen und inhaltlichen Systematik, wenn auch nicht flächendeckend praktiziert

wurden, ist und war die Integrierte Gesamtschule, die mit der Hamburger Schulreform ohne Not zerschlagen wird. Es wird daher auch darauf ankommen, die dort gemachten Erfahrungen und entwickelten Konzepte nicht den zur Zeit die Bildungspläne ersetzenden ‚Kompetenzrastern‘ zu opfern, die bestenfalls unpolitisch formal oder gar verwertungsinteressiertem Kapital anheim fallen.

Hartmut Ring, Gesamtschullehrer, GEW-Hamburg, Ausschuss für Friedenserziehung, PädagogInnen für den Frieden, AG Frieden und Internationale Politik der LIN-KEN, Hamburg.

1) Dabei spielen u.a. folgende Stichworte eine Rolle: kulturelle Vielfalt, Inklusion, Friedenserziehung, ökologische Nachhaltigkeit, Toleranz, Menschenrechtserziehung eine Rolle.

2) Hierunter fallen vor allem Konzepte wie sie von Outward Bound oder City Bound vor allem in der erweiterten Form Anfang der 90er Jahre entwickelt wurden. Aber auch die abgeschwächte Variante der „Schülerlebnispädagogik“ hat hier ihren Platz.

3) Vgl. Marianne Kriszio, Der Modellversuch Einphasige Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg 1980; Hartmut Ring, Projekt Frieden und Abrüstung, Oldenburg 1979-1981.

4) Vgl. auch: Hamburg macht Schule 4/06; Die neue MBS, April 2006, http://www.adz-netzwerk.de/files/docs/neue_mbs_bsp.pdf; Bildungsplan Stadtteilschule Sekundarstufe I, Rahmenplan Lernbereich Gesellschaftswissenschaften, Arbeitsfassung vom 26.01.2010, BSB, Hamburg 2010, 5, 10, 12.

Ökonomisierung der Bildung

Das Schlagwort ‚Ökonomisierung der Bildung‘ kennzeichnet die historische Epoche des Umbaus des Bildungswesens, in der wir uns befinden. Befürworter wie Gegner verstehen darunter die Ausrichtung von Bildungseinrichtungen auf Markt und Wettbewerb, und auch die Bezeichnung dieser ‚Reformen‘ als neoliberal ist eher unstrittig. Strittig ist allerdings, welche Folgen dieser Umbau mit sich bringt und ob er für Zielsetzungen wie Demokratisierung und Abbau sozialer Ungleichheit positive oder negative Effekte zeitigt. „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“, fand 1997 der damalige Bundespräsident Herzog, und seither ruckt es kräftig.

Öffentliche Schulen gibt es in westlichen Industrieländern seit 150 bis 200 Jahren. Sie wurden eingerichtet, um die Feudalgesellschaft zu überwinden und die Bevölkerung mit den Kenntnissen und Haltungen auszustatten, die für die entstehenden bürgerlich-kapitalistischen

National- und Verfassungsstaaten notwendig waren. Als staatliche wurde die Schule dort etabliert, wo die neuen Formen, Inhalte und Methoden von Erziehung und Unterricht, die für die Modernisierung von Staat und Gesellschaft erforderlich wurden, durch Privatleute und Kirchen nicht zu gewährleisten

waren. Die Schule erhielt mehrschichtige Funktionen: Sie sollte die heranwachsenden Generationen in die Kultur, Sprache und Religion des Landes hinein sozialisieren, und sie sollte den einzelnen Individuen ihren je künftigen Platz in der politisch-sozialen Hierarchie wie in der arbeitsteiligen Ökonomie vermitteln.

Heute sind die Nationalstaaten und ihre Institutionen in ein Umfeld gestellt, das als Globalisierung bezeichnet wird. Im gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Weltwirtschaft werden staatlich-öffentliche Schulsysteme, da wo sie noch bestehen, als solche zunehmend in Frage gestellt. Marktinstitutionen wie der Internationale Währungsfond (IWF), die Weltbank, die OECD und die Welthandelsorganisation (WTO), neben der Europäischen Kommission, Arbeitgeberverbänden, politischen Parteien usw., betreiben seit rund drei Jahrzehnten gezielt eine Entwertung öffentlicher Bildungseinrichtungen: Diese seien nicht genügend leistungs- und konkurrenzfähig, außerdem reformunfähig, überhaupt seien private Einrichtungen besser. Begleitet wird dieser Vorgang von einer planvollen Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors. Ein OECD-Strategiepapier benennt die perfide Taktik so:

„Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. Beispielsweise lassen sich Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung, und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen, oder bestimmte Tätigkeiten ganz einstellen. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z.B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden“ (Morrisson 1996, 28).

Und es geht darum, Macht und Einfluss, die Herrschaft über das Denken und die Diskurse, in den Führungsetagen der großen Konzerne und Stiftungen zu konzentrieren.

Das öffentliche Bildungswesen reicher Industrieländer wie Deutschland war bis vor Kurzem einer der wenigen Sektoren, die der neoliberale Umbau noch nicht so recht erfasst hatte. Dies hat sich inzwischen gründlich geändert.

Was heißt hier ‚Ökonomisierung‘?

Der Schweizer Sozialwissenschaftler Pelizzari definiert Ökonomisierung als „die organisatorische Neuordnung staatlicher Verwaltungen, bei der durch interne Rationalisierung und die Übernahme marktpreissimulierter Kosten-Ertrags-Kalküle angestrebt wird, die Qualität öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern und gleichzeitig deren Produktionskosten zu senken.“ Eine Teilstrategie hierbei ist die Einführung von ‚New Public Management‘: Dieses orientiert sich am Modell des privatwirtschaftlichen Konzerns und kommt „in den öffentlichen Diensten im engeren Sinne (Bildungs- und Gesundheitswesen, Sozialwesen usw.) sowie in den klassischen ‚hoheitlichen‘ Bereichen staatlicher Tätigkeit (Polizei, Steuerwesen, Militär usw.) zur Anwendung“. Grundsätzlich werden dabei Gebühren und Entgelte gegenüber allgemeinen Steuern bevorzugt: Sie sollen, so heißt es, den Nutzern „kostengerechte Preise“ bieten, „welche ihnen den volkswirtschaftlichen Ressourcenverzehr anzeigen und sie zu einer sparsameren Nutzung anregen sollen.“ Die Erfahrungen mit dieser Form von Management zeigten allerdings, dass sie im öffentlichen Sektor meist in Verbindung mit finanzpolitischen Sparprogrammen eingeführt werden und dort „zur quantitativen und qualitativen Einschränkung des Leistungsangebots“ führen. Den begründeten Verdacht, dass dies durchaus beabsichtigt ist, legt das oben zitierte OECD-Strategiepapier ja zumindest nahe.

Die begleitende Forderung nach Marktorientierung, nach „mehr Konkurrenz unter den Schulen“, lässt außer Acht, so Pelizzari, ob eine Steigerung der Effizienz (im betriebswirtschaftlichen Sinne der Mittelloptimierung) gleichzeitig auch eine Erhöhung der Effektivität (im Sinne der Zielerfüllung) garantieren kann. Denn einzelwirtschaftliche Effizienz, d.h. kurzfristige Kostensenkung, könne sich gesamtgesellschaftlich gesehen hochgradig ineffektiv auswirken, „weil beispielsweise die Erhöhung der ‚Effizienz‘ eines Sozialarbeiters durch die Verdoppelung der Zahl der in der gegebenen Arbeitseinheit zu betreuenden Jugendlichen sich zwar kurzfristig in einer Kostensenkung niederschlagen wird, langfristig aber die gesellschaftlichen Kosten gerade deswegen überproportional ansteigen können“ (Pelizzari o.J.)

Privatisierung und Ökonomisierung sind nicht gleichbedeutend. Aber die meisten Formen von Privatisierung zielen im Kern auf den Umbau von Bildungsinhalten, Bildungsinstitutionen und personalen Beziehungen in Waren und Dienstleistungen für den Geld-vermittelten Handel. Das Ziel ist, neue Kapitalverwertungs- und Profitmöglichkeiten für Investoren zu schaffen. Und es geht darum, Macht und Einfluss, die Herrschaft über das Denken und die Diskurse, in den Führungsetagen der großen Konzerne und Stiftungen zu konzentrieren.

Strategisch zentral ist deshalb die Verwendung von Euphemismen (wie Autonomie, Eigenverantwortung, Wis-

sensgesellschaft) und Umdefinitionen: von Bildung in Humankapital, von Kenntnissen und Fertigkeiten in Kompetenzen, von Bildung in Bereitschaft zur Investition in die eigene Zukunft. Sie sollen der Bevölkerung die Ökonomisierung schmackhaft machen und sie in den Wertvorstellungen und Verhaltensweisen der Individuen verankern. Nicht nur Bildungsinstitutionen, sondern die sich bildenden Subjekte selbst sollen möglichst bruchlos unter die Logik kapitalistischer Verwertung gebracht werden. Die Ökonomisierung der Bildung umfasst insofern mehr als die Übernahme von Steuerungsregeln aus dem Unternehmensbereich: Sie bedeutet „eine historisch neue Dimension des Umgangs mit der Zeit der Menschen, einen Zugriff auf die Tageszeit, die Jahreszeit, die Lebenszeit von der frühen Kindheit bis ins Alter“ (Zymek 2005).

Zu befürchten ist, dass den bürgerlichen Mittelschichten, die jetzt so überaus ängstlich auf der Wahrung ihrer Bildungsprivilegien beharren, zu spät klar wird, das auch und vor allem sie es sind, die bei diesem epochalen Umbau über den Tisch gezogen werden.

Ingrid Lohmann lehrt Historische Bildungsforschung an der Universität Hamburg. Sie ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland und im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE).

Literatur

Morrison, C. (1996): The Political Feasibility of Adjustment. OECD Policy Brief No. 13, oecd.org/dataoecd/24/24/1919076.pdf
Pelizzari, A. (o.J.): Ökonomisierung. In: Wörterbuch der Sozialpolitik, socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=442
Zymek, B. (2005): Was bedeutet „Ökonomisierung der Bildung“? In: Berliner Debatte Initial, Jg. 16, H. 4, 3-13, linksnet.de/de/artikel/19736

Zukunftswerkstatt linke Bildungspolitik (ZLB)

Dieses Periodikum der LINKEN diskutiert aktuelle bildungspolitische Fragen, veröffentlicht wichtige Dokumente und Tagungsberichte und beleuchtet die bildungspolitische Situation in den Ländern, im Bund und in Europa.

Nicht allein Schulpolitik, auch Hochschul- und Berufsbildungspolitik sowie die Politik für Kinder und Jugendliche werden behandelt. So befasst sich die aktuelle Ausgabe mit dem Konzept der Bürgerschule des Paritätischen Jugendwohlfahrtsverbandes, der Inklusionsdebatte, dem Bildungstreik, dem Thema Kinderarmut sowie dem bildungspolitischen Konzept der schwedischen rot-rot-grünen Opposition.

Dazu gibt es Beiträge aus mehreren Bundesländern. Interessant für Pädagogen, Vertreterinnen in Elternräten, Schul- und Jugendhilfeausschüssen und Aktive an allen bildungspolitischen „Baustellen“.

Bestellung gegen €10.- Jahresspende (für 4-6 Ausgaben von je 60-70 Seiten) oder Anforderung eines Probehefts bei Maritta.Boettcher@die-linke.de oder ag-bip@die-linke-hh.de oder Maritta Böttcher, Parteivorstand DIE LINKE, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin.

„Als Unterling erkannt“

„Als ich Ostern 1932 in Dockenhuden einen ersten Schulanlauf nahm, hatte man aufzustehen und »Guten Morgen« zu sagen, in diesem Falle »Guten Morgen, Herr Kasten«. Ostern 1933, ich mußte einer Krankheit wegen noch einmal von vorn beginnen, wollte neuer Brauch, daß man aufsprang und »Heil Hitler« schrie, »Heil Hitler, Herr Kasten!«. Sechseinhalb Jahre später, wir wohnten längst in einem anderen Stadtteil, wurde der Schulhof - ich kann nichts für die Aufdringlichkeit des Faktums - Gestellungsplatz der frisch einberufenen Soldaten. Es war das zweite Mal, daß man meinen Vater in einen Weltkrieg rief. Aus diesem ist er als sterbender Mann zurückgekommen.

Außer der Art, den Lehrer zu grüßen, scheint sich in der Schule zwischen meinen beiden Anläufen wenig geändert zu haben. Der Rektor trug manchmal eine Uniform, Religion blieb weiterhin eine Art Pflichtfach, auch wenn es nicht mehr so hieß, und mit der Volksgemeinschaft, von der wir oftmals hörten, klappte es allenfalls in den Pausen. Die Freiligrathstraße (»Reißt die Kreuze aus der Erden, alle sollen Schwerter werden«) galt als soziale Demarkationslinie; nördlich von ihr wurde es bald ländlich, südlich ging es zu Elbe und höheren Einkünften hin. Blankenese war eine Örtlichkeit gediegenen Vermögens, und in Dockenhuden wohnte das Personal dazu. Gehobenes Personal, denn die Häuschen, denen man ihre dörfliche Abkunft noch ansah, müssen den Bewohnern der Mietskasernen im nahen Ottensen, auch Motenburg geheißenen, wie Gutsherrnsitze vorgekommen sein.

Solche Unterschiede fielen nicht ins Gewicht, wenn Herr Kasten sich nach dem Ergebnis aus 4 mal 17 oder nach den Verwandten Abrahams erkundigt hatte, aber vor dem ersten und nach dem letzten Glockenzeichen brachten sie sich mächtig zur Geltung. Mütter und Kindermädchen sorgten schon an der Hofpforte, daß Großzügigkeit bei der

Wahl von Freunden nicht über die Bannmeile der Schule anhielt. Vernehmbar unterwies man den Nachwuchs, mit wem er sich abgeben durfte und mit wem nicht. Einmal hat wer nicht aufgepaßt, und eine schöne Banknachbarin schleppte mich in die Villa ihrer Eltern. Dort wurde ich ins Verhör genommen, als Unterling erkannt und prompt abgeschoben. Wenn ich von Schub oder Abschieben lese, fühle ich mich mit dem Vorgang vertraut und weiß, bei welcher Gelegenheit ich meine Kenntnis erworben habe.

Manches hält man für eine personengebundene Angelegenheit, ehe man erfährt, daß es einen alten Namen dafür gibt. Meine Eltern sprachen mir nicht von Klassenschranken, als ich ihnen den Vorfall meldete, aber sie teilten meine Verstörtheit nicht. Ich bestätigte nur eine Erfahrung, die sie längst hatten. Wahrscheinlich wären sie freundlicher mit dem Mädchen umgegangen, aber auch sie hätten eine unpassende Freundin nach Hause geschickt. Herrschaftskinder waren bei den einen zu meiden, wie bei den anderen Proletengören zu meiden waren.

Die vier Volksschuljahre müssen den wohlhabenderen unter den Eltern meiner Klassenkameraden ähnlich lang geworden sein wie mir später meine vier Jahre Gefangenschaft. Ihr Vorteil war, daß sie von der Endlichkeit so deprimierender Umstände wußten und einem Naturgesetz trauen durften, demzufolge das Denkvermögen von Zehnjährigen analog dem Barvermögen ihrer Erziehungsberechtigten zu wachsen pflegte, was für den Übergang in eine höhere Schule nicht ohne Bedeutung war.“

Hermann Kant, Abspann - Erinnerungen an meine Gegenwart, Aufbau 1991, S. 9 f.

Warum Primarschule?

Bedenkt die Bedenken

Sehr viele denken: lernstarke Kinder lernen am besten zusammen mit anderen lernstarken und lernschwache am besten zusammen mit anderen lernschwachen Kindern. Andere wollen nicht, daß ihre Kinder nach 4jähriger Grundschulzeit mit Kindern aus weniger günstigem Milieu zusammenbleiben. Befürworter der ‚einen Schule für alle‘ finden schlecht, daß mit der Reform der Primarschule das Selektionssystem ab Klasse 7 erhalten bleibt. Und weitere sind, weil sie die Entwicklungserfordernisse der Schule nicht erkennen, dafür, daß Schule Ruhe hat. Schließlich sind da noch sich als besonders verständig sehende Leute: Statt um Struktur der Schule müsse es gehen um Qualität! Sie schieben zur Seite, daß die soziale Struktur menschlicher Gemeinschaft einer der bedeutsamsten Faktoren der Qualität ihres Handelns ist.

Wir alle aber wissen doch, daß es klug ist, die eigenen Bedenken noch einmal zu bedenken?

Der kleine - aber saft- und vitaminreiche - Apfel ist doch wohl besser als gar kein Apfel?

Obwohl die „eine Schule für alle“ ohne Selektion bis Klasse 9 oder 10 Bestlösung ist, ist das „Ja“ aller Einsichtigen in HH zur 6jährigen - mit Vorschulklasse 7jährigen - Primarschule im Volksentscheid dringlich. Denn wird die Reform aufgrund von Gruppen-Egozentrik mit Hilfe der Abstimmungsabstinenz derer gekippt, denen die Reform zu klein oder unwichtig ist, ist ein langer Schulreformstopp zu befürchten. Ein Erfolg des Entscheids für die Primarstufe hingegen kann zum Signal werden für die dringliche große Erneuerung der deutschen Schule, deren kluge Planung dann - möglichst mit weiteren Verbesserungen - realisiert werden kann. Hier nenne ich nun die Hauptgründe für die notwendige breite Zustimmung zur Primarschule:

Die Primarschule bietet besseres Lernen für alle

Europaweit (und darüber hinaus) ist erwiesen: Das gemeinsame Lernen aller Kinder ist förderlich für sie

alle, und unwahr ist also, dass die Lernstarken in der Gemeinschaft aller Lernenden behindert würden. Die Kinder mit mittlerer oder geringer Lernstärke oder mit Lernproblemen profitieren erheblich davon, nicht unter sich bleiben zu müssen, sondern im Anregungsmilieu der heterogenen Gruppe zu lernen. Die lernstarken erreichen in der Gruppe unterschiedlich befähigter Lerner zumindest das Niveau, das sie in der Abtrennung hätten; und dort, wo in der Klasse Helferhaltungen entwickelt werden, erreichen sie höheres Niveau als in der Sonderschule. Wichtigst hierfür: die HH-Schulplaner haben die individuelle Förderung in der Gemeinschaft in den Mittelpunkt der Primarschularbeit gestellt – mit den Prinzipien des Ermutigens und der Freude am Lernen. So kann die Primarschule allen Kindern eine um 2 Jahre verlängerte Zeit besseren Lernens und damit besserer Lebenschancen bieten.

Die Primarschule bringt mehr Bildungsgerechtigkeit

In der Schule heute werden die jungen Menschen in der Regel bereits im Alter von 10 Jahren auf unterschiedlich wertvolle Bildungswege gewiesen. Durch diese Selektion mit jahrelangem enormem Selektionsdruck werden vielen Kindern ihr Leben entscheidend beeinflussende Bildungsmöglichkeiten vorenthalten. Durch Einrichtung der Primarschule hingegen kommen wir dem Menschenrecht auf Bildung ein großes Stück näher.

Die Primarschule bringt besseres Miteinander

Durch Integration aller jungen Menschen über die Kinderzeit hinaus bietet die Primarschule die Chance, intensiv miteinander lernend und produktiv Beziehungen entwickelnd gemeinsam Grunderfahrungen zu gewinnen – bedeutsamst für die Zukunft von Individuum, Gesellschaft, Kultur und Staat. Ohne dieses Mehr an Gemeinsamkeit droht in unserer offenen Gesellschaft sonst ein zunehmendes Auseinanderfallen in der Orientierung an den gemeinsamen Werten. In der Primarschule wird auch die Inclusion von Kindern mit Behinderungen unter Einbeziehung des Elternwahlrechts gemäß UN-Konvention Wirklichkeit werden.

Die Primarschule bringt besseres Entscheidungskönnen für das weitere Lernen

Auch am Ende der Primarschule wird sich für viele Kinder nicht leicht voraussagen lassen: Wird das Gymnasium oder die Stadtteilschule der passendste Lernort sein? Entschärft wird diese Problematik jedoch, weil beide Schulen zum Abitur führen und die Stadtteilschule dafür ein 13. Schuljahr erhält. Auch werden den Lehrenden nicht Entscheidungen abverlangt, sondern Empfehlungen. Das pädagogische Minus des Selektierenmüssens wird so zwar nicht aufgehoben, aber doch gemindert.

Die Primarschule gibt ihre Empfehlungen für die Übergänge auf die Sekundarstufe erst, wenn aufgrund der um 2 Jahre längeren Entwicklung Lern- und Leistungsbefähigungen der Kinder schon deutlicher sind als am Ende der 4jährigen Grundschule. Zudem haben die Kinder dann über eine längere Zeit bereits Erfahrungen mit sekundarstufentypischen Anforderungen gemacht. Und

die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler, den eigenen zukünftigen Weg ihrer Bildung mitzuentcheiden, ist vor dem Ende der Klasse 6 größer als vor Ende der Kl. 4.

Viele müssen jetzt zeigen: wir sind erneuerungsfähig

Die Primarschulreform ist bedeutsamst. Folgen müssen zwar weitere Verbesserungen der vorschulischen Erziehung, des gesamten Schulsystems, der Aus- und Fortbildung sowie der Arbeitsbedingungen der Lehrenden zum Nutzen aller Lernenden. Und immer muss gelten der Satz Herodots: Bildung heißt nicht, einen Eimer zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen. Es gilt jetzt zu zeigen: Wir sind zu einem großen Schritt der Verbesserung der Bildung fähig. Mit der Primarschulreform werden wir eine höhere Zahl leistungs- und sozialfähiger Menschen bekommen und verbessern das Miteinander. Diese Reform nützt den Heranwachsenden, ihren Eltern sowie allen Menschen in Hamburg, unserem Stadtstaat sowie der ganzen Republik. Sind wir in Hamburg Reformversager, wird kaum einer in Deutschland Mut zu nötigen Schulreformen haben. Durch Entscheidung für die Primarschule aber profitieren alle im Land.

Dr. h. c. Hermann Schwarz, Oberschulrat a. D., Grundschulverband

Bertelsmannisierung

Hartz IV, die EU-Verfassung, Studiengebühren, Bildungs- und Kita-Gutscheine, selbstständige Schulen, Arbeitsrechts-Reform, Bibliotheksverwaltung – überall hat die Bertelsmann-Stiftung konzeptionell vorgedacht. Dieser hierzulande einflussreichste neoliberale Think-Tank fand und findet auf den Regierungsbänken dieser Republik stets bereitwillige Abnehmer für seine Ideen.

Die vom Medienkonzern Bertelsmann (u. a. RTL, Sony, mehrere Verlage) finanzierte Stiftung gilt Insidern deshalb als „heimliches Kultusministerium“ und als „Krake“, die politische Kompetenzen und Befugnisse an sich reißt.



Für Sozialisten ist es unumgänglich, sich näher damit zu befassen. Derzeit vergriffen, bald wieder verfügbar ist der empfehlenswerte Band Jens Wernicke/Torsten Bultmann (Hg.): Netzwerke der Macht – Bertelsmann, der medial-politische Komplex in Gütersloh, Marburg (BdWi-Verlag), 17 €, Dazu verfügbar ein materialreiches Dossier von Horst Bethge horst.bethge@t-online.de Bertelsmann-kritische Infos im Internet: <http://www.bertelsmannkritik.de> oder <http://www.anti-bertelsmann.de>

„Das Beste für mein Kind!“

Besser dastehen

Um soziale Gerechtigkeit zu schaffen, brauchen wir ein gerechtes Bildungssystem. Um ein gerechtes Bildungssystem zu schaffen, brauchen wir soziale Gerechtigkeit. Ob jedoch zwei Jahre längeren gemeinsamen Lernens tatsächlich ausreichen um ein sozial gerechtes Bildungssystem zu schaffen, darf angezweifelt werden.

Es ist kein Geheimnis, dass das Bildungsniveau einer Gesellschaft abhängig vom Verhalten der Gesellschaft zum Bildungssystem ist. Bildung ist eine elementare Voraussetzung um als Individuum in dieser Gesellschaft menschenwürdig existieren zu können – das ist unbestritten. Schule soll den Bürgern die „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen“. So steht es im Schulgesetz. Schulen sollten nicht nur lehrende, sondern auch eine lernende Organisation sein – das ist in Politiker und Akademiker Kreisen akzeptiert. Längeres gemeinsames Lernen ist ein Bildungsansatz der zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt. Das zeigen uns unsere europäischen Nachbarn.

Zu hinterfragen ist, warum sich diese Gesellschaft so schwer tut, ein für alle Bürger gleichermaßen geöffnetes Bildungssystem zu schaffen? Zumal der Vorwurf, die Schulen „liefern“ für den Arbeitsmarkt ungeeignete Kandidatinnen und Kandidaten, von der Wirtschaft selbst kommt. Der Fortschritt zu dem sich der CDU/GAL-Senat durchringen kann, sind die oben erwähnten zwei Jahre länger gemeinsam lernen. Immerhin, ein kleiner Schritt zu etwas mehr Bildungsgerechtigkeit. Bei realistischer Betrachtung ist die Hürde des Volksentscheids noch längst nicht genommen und die Menschen in dieser Stadt sind in nennenswerten Teilen nicht bereit diesen minimalen Schritt zu gehen.

Nimmt man die Elternperspektive ein, gibt es auf diese Frage scheinbar eine Antwort. Die meisten Eltern sind bemüht, ihren Kindern einen guten „Start ins Leben“ zu ermöglichen. Das Kind soll „besser dastehen“, besser als die Konkurrenz. Aus dieser vermeintlichen Einsicht in so genannte Sachzwänge sind Eltern versucht ein möglichst großer Krümel vom viel zu kleinen Kuchen für ihr Kind zu ergattern. Ohne Zweifel, ein kleinbürgerliches Verhalten, aber unter den herrschenden Verhältnissen nachvollziehbar.

Eine Haltung mit gravierenden Folgen für den Schulalltag. Dies bedeutet in der Praxis: Kampf Schule gegen Schule, Schülerinnen gegen Schüler, Eltern gegen Eltern. Interessen werden in kleinste Einheiten zerlegt und Bildung wird zur Privatsache. Je höher sozial verankert und gebildet die Menschen sind, desto verbissener kämpfen sie in der Regel für das Erreichen dieses Zieles.

Setzen wir die gegenwärtige Schulpolitik fort, ignorieren wir unsere und die Zukunft unserer Kinder. Bildungs-

politik ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Deshalb ist es wichtig – besonders für Linke – sich in Schulen als Elternvertreter oder Elternrat zu engagieren und so aus den Schulen heraus Schulpolitik zu gestalten.

Zdravko Sisic, alleinerziehender Vater und Elternrat an einer Gesamtschule im Bezirk Bergedorf

SchülerInnensicht

Manchmal frage ich mich, was das Hin und Her um die Schulreform eigentlich soll. Sollte es nicht eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir, die Verantwortlichen von morgen, angemessen gefördert, exzellent ausgebildet und auf unsere Aufgaben vorbereitet werden? Aber genau hier liegt das Problem: Es ist eben nicht selbstverständlich, dass alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft und dem sozialen Hintergrund, gefördert werden. Es ist nicht selbstverständlich, dass Schule nicht nur fachbezogenes Wissen vermittelt, sondern einen ganz wichtigen weiteren Auftrag hat: Die Vermittlung sozialer Kompetenz. Wie kann aber eine Schule soziale Kompetenzen vermitteln und ein Kind auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorbereiten, wenn sie selber nicht sozial und demokratisch ist? Wie kann der Umgang mit kultureller Vielfalt gelernt werden, wenn Kinder nach der 4. Klasse auf verschiedene Schulformen aufgeteilt werden? Hinzu kommt, dass sozialer Standpunkt und gesellschaftliche Anerkennung darauf beruhen, welche Schulform das Kind besucht. Kann Schule unter solchen Bedingungen ihrem Bildungsauftrag überhaupt nachkommen?

Ich frage mich immer wieder, wie LehrerInnen überhaupt eine vertretbare Entscheidung über die nicht nur schulische, sondern gesellschaftliche Zukunft zehnjähriger, verspielter Kinder treffen können. Überspitzt gesagt: Kinder reicher Eltern bekommen nicht nur eine Top-Ausbildung, sondern auch das positive Stigma verpasst, besonders schlau zu sein. Kinder von weniger wohlhabenden Eltern werden ab Klasse 4 von den „Schlaunen“ getrennt, damit sie sie bloß nicht „runterziehen“. Das Schlimmste ist: Mit derlei Ansichten wird wirklich argumentiert! Viele Menschen wollen nicht realisieren, dass reichere Kinder nicht zwangsläufig „schlauere“ sind als die ärmeren. Das ist das Schubladendenken der Ständegesellschaft!

Ich möchte, dass mein Kind, ganz egal wie hoch mein Einkommen sein wird, die bestmögliche Ausbildung bekommt. Das geht aber nur, wenn Bildung komplett kostenlos ist, und zwar von Geburt an!

Ich möchte, dass mein Kind schon von klein an lernt, dass alle Menschen gleichberechtigt sind. Das geht nur, wenn das auch in der Schule vermittelt und gelebt wird, wenn viele verschiedene Kul-

turen und Lebensweisen miteinander lernen, und zwar vom Kindergarten bis zum Schulabschluss.

Ich möchte, dass mein Kind in seinen Begabungen und Talenten gefordert und gefördert wird, innerhalb und außerhalb der Schule. Ich möchte, dass mein Kind Spaß hat in der Schule und auch fächerübergreifend mit seinen Freundinnen und Freunden lernt, ihnen hilft und von ihnen Hilfe bekommt. Ich will das Beste für mein Kind!

Julian Georg, Linksjugend [solid] Wandsbek, Mitglied im Planungsstab des Jugendaktionsbündnisses von „Chancen für Alle - Die Schulverbesserer!“ und im Wandsbeker Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus, aktiv im Europäischen Jugendparlament

Ich habe KollegInnen weinen sehen

Beim Schreiben der „Schulempfehlungen“ wollten nicht nur mir fast jedes Mal die Hände abfallen. Klar ist, dass eine echte Prognose für ein zehnjähriges Kind unsinnig ist. Zweifelhaft ist auch, ob sie für zwölfjährige Pubertierende stimmen kann. Am Ende jeden Schuljahres habe ich KollegInnen weinen sehen, wenn von ihrer Entscheidung abhing, ob z. B. ein besonders besonderes Kind in die Integrationsklasse der Sekundarstufe I aufgenommen wurde oder ob es – weil stets zu wenig Plätze vorhanden waren – auf eine „Sonderschule“ musste.

Das „Zweisäulen-Modell“ schafft diese (soziale) Selektion nicht ab – es verschiebt sie nur und verschärft sie möglicherweise. Es ist keine echte Alternative zur überfälligen „Eine Schule für Alle“!

Da „meine“ Schule eine Gesamtschule mit integrativer Grundschule war, konnten bis zur vierten Klasse wirklich alle integriert werden. Danach kam jedoch der Würgegriff der Selektion, und die integrativen Impulse lösten sich meist auf. Das galt auch für die „normalen“ Kinder in den entsprechenden Anschlusschulen. Ohne die hervorragende Arbeit der LehrerInnen herabzuwürdigen: Bei Anwendung von an „Defiziten“ orientierten Auswahlkriterien wird pädagogische Arbeit selbst ungewollt defizitär. Zum Lernen gehören eben auch Interaktionen, die in aussortierten Gruppen von vornherein im wahrsten Sinne beschränkt sind.

Unter den Tisch fallen bei der Reform womöglich die Vorbereitungsklassen, in denen Flüchtlings- und Migrantenkinder Deutsch lernen, um nach einem Jahr in die Regelklassen integriert zu werden. Sie wurden bei den Regionalkonferenzen einfach „vergessen“. Oder die Klassengröße: Sofern der KESS-Faktor stimmt (zusätzlicher sozialer Bedarf), können kleine-

re Klassen gebildet werden. Löblich – aber jede/r mit Erfahrung weiß, dass für individualisierten Unterricht schon bei 15 SchülerInnen die Grenze überschritten ist.

„Meine“ Schule als Gesamtschule von der Vorschule bis zum Abitur trifft die Reform besonders hart – sie knallt nun auseinander, obwohl sie kostbare Erfahrung mit längerem gemeinsamem Lernen hat. Auch das lässt mutmaßen, dass vielversprechende Worte wie „Integration“, „Inklusion“, „individualisierter Unterricht“ nur strukturelle Reformschwächen vernebeln sollen. Pädagogische Prozesse werden weiterhin gegeneinander aufgerechnet und ausgespielt (Lehrerarbeitszeitmodell). Das geht an der Wirklichkeit vorbei: Kinder sind Menschen und Menschen keine Maschinen (so, wie sie keine Waren sind).

Nur wenn es der Linken und allen, die wirklich gemeinsames Lernen wollen, gelingt, trotz aller berechtigten Kritik an der Reform klarzumachen, dass es ein „Schritt in die richtige Richtung“ ist, weil zwei Jahre mehr für Kinder nicht mickrig sind und zumindest die Ansprüche an Schule endlich positiv pädagogisch definiert werden sollen – auch wenn die Rahmenbedingungen meist (noch) miserabel sind – nur dann hat das Kreuz für die Primarschulreform beim Volksentscheid eine Chance!

Anita Friedetzky, Mitglied der Bezirksfraktion Altona, Gymnasiallehrerin i. R., bis Ende 2009 an einer Gesamtschule auch im Grundschulbereich tätig



Kontrovers: Bachelor-Master-System: Reformieren oder abschaffen?

Auf dem Landesparteitag der LINKEN Hamburg im Dezember 2009 wurde deutlich, dass es innerhalb der LINKEN unterschiedliche Haltungen zum Bachelor-Master-System gibt. Hier wird die Diskussion fortgesetzt.

Wider dem Glauben an den Markt: Bachelor und Master gehören abgeschafft

„Patriarch: (...)

Auch mach ich ihm gar leicht begreiflich, wie

Gefährlich selber für den Staat es ist.

Nichts glauben! Alle bürgerlichen Bande

Sind aufgelöset, sind zerrissen, wenn

Der Mensch nichts glauben darf. – Hinweg! hinweg

Mit solchem Frevel! ...“

Gotthold Ephraim Lessing, „Nathan der Weise“, vierter Aufzug, zweiter Auftritt (1779).

Der Glaube an den Markt, daß die höchsten Geschäfte das Höchste seien, regiert noch immer die Welt. Viel Unheil wird dadurch angerichtet. Nach Maßgabe dieser Religion wurden auch die bisherigen Studiengänge an den Hochschulen in Bachelor und Master deformiert. Die einen seien für die Wasserträger, die anderen für die sogenannten Leistungsträger.

Dieses System, zehn Jahre nach Beginn seiner Einführung, ist gescheitert. Ba und Ma sind ein wissenschaftsfreies Folterinstrument. Das bulimische Pauken mit andauerndem Prüfungs- und Leistungsdruck hat eine menschenfeindliche Angstkultur an den Hochschulen geschaffen, analytischer Erkenntnisgewinn für gesellschaftlich verantwortliches Lehren und Lernen ist in diesem Punktwettlauf nur noch sehr schwer möglich; Geschichtsbewußtsein und reflexive Distanz – damit rationale Nähe – zur Welt, den menschlichen Bedürfnissen und den zu lösenden Problemen finden auf diese Weise kaum noch Platz an den gesellschaftlichen Stätten der (möglichen)

Aufklärung bzw. Kultivierung der sozialen Bedingungen.

Bachelor und Master sind die Negation verantwortlicher Vernunft, das heißt die Verneinung rational mündiger Persönlichkeiten. So kann intellektuelle Freude kaum entstehen.

Die seriöse geistige Ergründung der zu verwirklichenden Möglichkeiten von Frieden, Demokratie, sozialer Progression, einer menschenwürdigen Kultur – allesamt Sinn und Zweck vernünftigen kooperativen Handelns – bilden dagegen den humanen Gehalt analytischer Weltaneignung. Kritische Vernunft ist unverkäuflich und unbestechlich. Auch ist die Peitsche kein angemessenes Mittel der Aufklärung.

Die nunmehr veralteten neuen Studiengänge gehören wieder abgeschafft.

Dieser Mut ist aufzubringen. Er beginnt mit der Artikulation der Wahrheit.

An die Stelle des reinen Zwangs sollten erneut Diplom, Magister und Staatsexamen treten.

Die können dann wahrhaft reformiert werden.

Der Mensch eignet sich nicht zur Ware.

Olaf Walther, AG Studierendenpolitik

Politische Strategie für die Gestaltung neuer Studiengänge

Unser Beitrag ist kein Contra zu Olafs Analyse, sondern zu der von ihm gezogenen praktischen Konsequenz. Wir schlagen eine andere politische Strategie für die Gestaltung neuer Studiengänge vor.

Ba/Ma ist gescheitert – darin herrscht von FAZ-Kommentatoren bis hin zu linken Studierenden vordergründig Einigkeit. Die Begründungen indes unterscheiden sich fundamental. DIE LINKE. SDS betrachtet die unwissenschaftlichen, oft oberflächlichen und gehetzten

Studiengänge als unerträglich und unhaltbar. Dauerüberprüfung, viel zu viele Wochenstunden und autoritäre Anwesenheitspflicht halten Studierende von selbstbestimmter und vertiefender Auseinandersetzung mit Inhalten ab. Chronischer Leistungsdruck bestimmt das Denken und Handeln vieler Studierender.

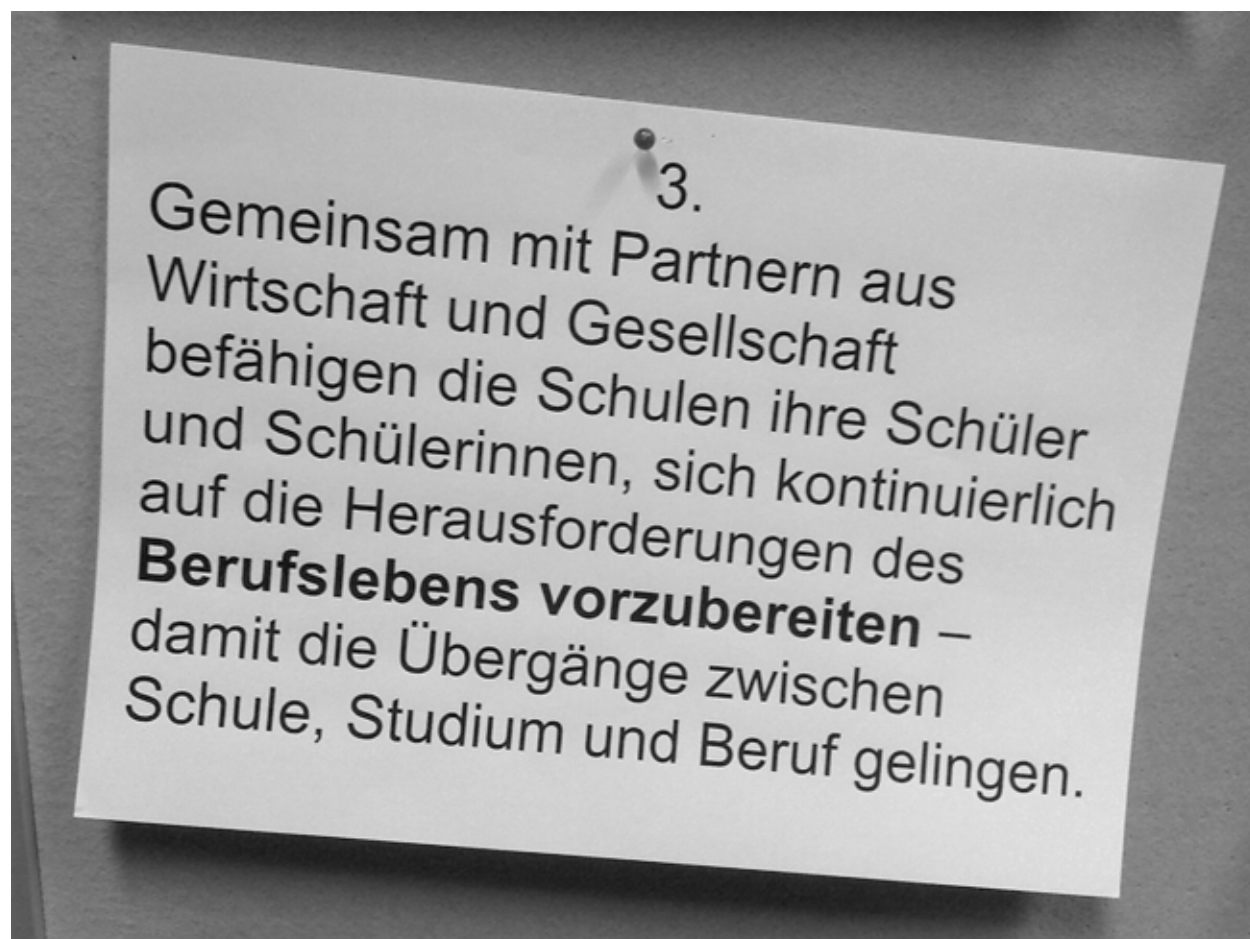
Wir kritisieren nicht nur die schlechte Umsetzung, sondern auch die meisten Beweggründe der Ba/Ma-Reform. Der von Europas Nationalstaaten eingeleitete Bologna-

Prozess fügt sich in die Lissabon-Strategie der EU ein und stellt Bildung direkt in den Dienst der Wirtschaft. Er führt den seit Ende der 70er bestehenden Konsens der deutschen Hochschulpolitik fort: Mehr Studierende bei gleichem finanziellen Aufwand (ausgenommen wenige Prestigeprojekte wie die Exzellenzinitiative). Sicher können nicht alle Studierenden WissenschaftlerInnen werden, die an Unis forschen, doch ist jeder und jedem die selbstständige wissenschaftliche Bildung zu gewährleisten. Ba/Ma werden als praxisnah bezeichnet – ein Euphemismus für das, was auf dem Arbeitsmarkt verlangt wird! Das Konzept der Employability diktiert die Form der neuen Studiengänge. Kritisches Denken und nicht unmittelbar ökonomisch verwertbare Inhalte stehen unter gesteigertem Rechtfertigungsdruck.

Unserer Meinung nach geht es jetzt um Folgendes: Zunächst müssen alle derzeit Studierenden das Recht auf einen Master bekommen. Prüfungswahnsinn, starre Studiendauer und Anwesenheitspflicht müssen weg. Die

Hochschulen müssen sich von den genannten Zielen des Bologna-Prozesses los sagen, mehr Geld und das Ende der Konkurrenz untereinander einfordern. Unter breiter Einbeziehung der Studierenden wird ohne den Zwischenschritt eines Zurücks zum Diplom/Magister eine neue Studienstruktur erarbeitet, die über die erwähnten ersten Schritte hinaus Folgendes beinhalten muss: Ein Abschluss-Äquivalent zum Diplom/Master ist die Regel; wer vor dem Abschluss die Uni verlässt und eine bestimmte Anzahl an Scheinen gesammelt hat, bekommt ein Bachelor-Äquivalent. Es gibt freie Kurswahl, die Prüfungsleistungen der Seminare werden mit den Profs festgelegt. Noten werden durch Kommentare der Prüfenden ersetzt. Studiengänge werden nicht als Produkte angesehen, sondern als Einstieg der Studierenden in selbstständiges wissenschaftliches Arbeiten. Bildung mit kritischem Praxisbezug zu vermitteln sollte die Perspektive der Unis sein.

Martina Helmke & Constantin Braun für DIE LINKE.SDS



Solidarische Emanzipation statt individueller Für ein gebührenfreies Studium

Die Studierenden hätten die Studiengebühren inzwischen akzeptiert, denn sie bezahlten sie ja, verlautbarte Hamburgs Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach (CDU) kürzlich.

Abgesehen von dem Fehlschluß (schließlich akzeptiert auch keine Bank einen Bankraub, wenn unter vorgehaltener Waffe das Geld herausgerückt wird), befindet sich die gewohnt hölzerne Wissenschaftsbürokratin weit entfernt von der Realität. Zu dieser gehören z. B. 97 Prozent Zustimmung für ein gebührenfreies Studium bei der studentischen Urabstimmung 2009, zahllose entsprechende Beschlüsse studentischer und akademischer Gremien und eine aktuelle hamburgweite Unterschriftenkampagne zur Abschaffung des Bezahlstudiums mit bislang 30.000 Unterzeichnern.

Die Gebührenfreiheit – außerparlamentarisch erkämpft in den 60er und 70er Jahre durch eine gesellschaftlich emanzipatorisch orientierte Studierendenbewegung – ist verbunden mit der sozialen Öffnung der Hochschulen, ihrer Demokratisierung und einem stärker kritischen Gesellschaftsbezug in den Wissenschaften. Gegen diese vernünftige Entwicklung der Hochschulen richtet sich die Kommerzialisierung des Studiums mittels Gebühren und erfährt daher den ungebrochenen und reichhaltigen Widerstand nicht nur der Studierenden.

Studiengebühren verschärfen die ohnehin ausgeprägte soziale Selektivität des BRD-Bildungswesens, weil sie

die Bildungsmöglichkeiten stärker an die strukturell ungleichen Einkommen in diesen Verhältnissen koppeln.

Lobbyisten des Unternehmertums (z. B. die im Meinungsmanipulationsverband „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ versammelten Metallarbeitgeber) suggerieren dagegen, daß das Arbeiterkind den Akademikergölen nicht das Studium bezahlen dürfe. Dies ist nicht nur mehrfach wissenschaftlich widerlegt, sondern spekuliert auch auf Sozialneid und lenkt davon ab, daß die entsprechenden Unternehmen bei ihrer Profithecke so differenziert nicht denken und der gelernten Mechaniker ihnen als Humankapital ebenso lieb ist wie der studierte Ingenieur. Im übrigen sind es die Banken, die sich mit den Zinsen für Studienkredite und gestundete Gebühren noch ein paar goldene Nasen dazuergaunern.

Der soziale Druck ist gewollt und entscheidend für die mit der Zahlspflicht beabsichtigte Wirkung. „Lenkungs-funktion“ nannte das Jörg Dräger, Hamburgs ehemaliger Wissenschaftsmanager im Amte eines Senators. Unter dem sozialen und ideologischen Druck der Käufllichkeit von Bildung sollen die Studierenden nur das aufnehmen, was „just in time“ auf dem Arbeitsmarkt verwertbar ist. So wird die wissenschaftliche Bildung zum Profitfaktor für die Unternehmen degradiert. Den Studierenden aber wird eingebleut, daß es aus egoistischen Zwecken ökonomisch zweckmäßig sei, mit den Gebühren ins eigene Humankapital zu investieren. Die Bildung und vor allem sich selbst sollen die Studieren-

Das größte Bergedorfer Bildungsbündnis aller Zeiten hat sich gegründet.

Ein Beispiel für ein regionales Bildungsbündnis: Am 24. Februar 2010 trafen sich in Bergedorf auf Einladung des DGB Ortsvorstands Eltern, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Politiker/innen der CDU, SPD, GAL und der LINKEN zu einem ersten Treffen. Trotz unterschiedlicher und teilweise über die jetzige Schulreform weit hinausgehender Vorstellungen wollen alle Beteiligten gemeinsam diesen ersten Schritt in die richtige Richtung für längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Ein erstes Flugblatt wurde entworfen, da es noch kein zentrales Material gab, um am 24. April auf der Menschenkette und am 1. Mai in Bergedorf schon etwas verteilen zu können: (Ausschnitt aus dem Flugblatt)



Geben Sie der Schulverbesserung Ihre Stimme! Primarschule – Ja!

Eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder ist auch das Ziel der Schulreform in Hamburg. Wie selten zuvor hat die Politik in Hamburg die Forderungen vieler Bürgerinnen und Bürger und vor allem vieler Eltern aufgegriffen und in ein neues Schulgesetz gegossen: Längeres gemeinsames Lernen, kleinere Klassen, individueller Unterricht und kein Sitzenbleiben mehr.

Am 18.7.2010 ist Volksabstimmung zur Schulreform. Schon vorher – ab Mitte Juni – können Sie Ihr Votum per Briefwahl abgeben. Ihre Stimme zählt, denn es geht um die Zukunft von Hamburgs Kindern.

Veranstaltungen im Raum Bergedorf:

1. Mai, 11 Uhr Prof. Jobst Fiedler, Sprecher der Schulverbesserer, auf der Maikundgebung des DGB im Rathauspark

25. Mai, 19 Uhr Kulturforum, Serrahn: Auftaktabend „Die Schulverbesserer“

Und außerdem finden Sie uns auf vielen Info-Ständen, auf den Marktplätzen, an der S-Bahn und in den Fußgängerpassagen. Sprechen Sie uns an, informieren Sie sich, diskutieren Sie mit uns – oder noch besser: Machen Sie mit!

Helmuth Sturmhoebel (Lehrer, Personalrat, GEW-Vertreter im DGB Ortsvorstand Bergedorf, Initiator der Regionalgruppe Bergedorf von „Chancen für Alle“)

Vermarktung

den als Ware begreifen und sich entsprechend verhalten. Jeder kritische Bezug auf die Gesellschaft, allgemeinbildende Anteile und langfristige Entwicklungsperspektiven sollen „freiwillig“ aus dem Studium eliminiert werden. Friedenswissenschaft, eine internationalistische Volkswirtschaftslehre oder eine sozialbewußte Psychologie können unter diesen Bedingungen nur schwer gedeihen.

Zugleich wirken Studiengebühren antidemokratisch, weil an die Stelle gemeinsamer Gestaltung der Uni durch gleichberechtigte Mitglieder ein entfremdetes Kunden-Dienstleister-Verhältnis zwischen Studierenden einerseits und Lehrenden und Verwaltung andererseits treten soll.

Die Studiengebühren bedeuten eine massive Dekultivierung des Hochschulalltags. Mit der Kostenpflichtigkeit des Zugangs zu wissenschaftlicher Bildung wird eine scheinbare Knappheit der „Ressource“ Wissen konstruiert, um die Studierwilligen zu rangeln haben. Konkurrenz und Angst vor „Versagen“ befördern das Einzelkämpfertum und Ellenbogenprinzip, statt sich solidarisch in lebendigem Austausch um gemeinsamen und für alle förderlichen Erkenntnisfortschritt zu bemühen.

So geht es bei den Studiengebühren – wie auch bei der „Wir-wollen-Lernen“-Kampagne – um die Etablierung eines auf Verwertung und Wettbewerbsvorteile fixierten Bildungsmodells. Diese Funktion wird auch durch das aktuelle Modell von „nachgelagerten“ Studiengebühren des schwarz-grünen Senats erfüllt – womit die Grünen den Kern des Bezahlstudiums gegen eine parlamentarische und außerparlamentarische Mehrheit zu dessen Abschaffung (vorläufig) retten konnten.

Mit der Gebührenfreiheit sind dagegen wissenschaftliche Kooperation, demokratische Entscheidungsfindung und allgemeiner gesellschaftlicher Nutzen der Wissenschaft verbunden. In Antwort auf die globale Zivilisationskrise müssen Bildung und Wissenschaft von der Kommerzknute befreit werden, um ihr emanzipatorisches Potential entfalten zu können. Kritische Erkenntnis, bewußte Subjektentfaltung und die Öffnung erweiterter Bildungsmöglichkeiten für alle sind von wesentlicher Bedeutung zur Überwindung gesellschaftlicher Probleme.

In diesem Sinne waren wir in den vergangenen Jahren engagiert, die außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten für die Gebührenfreiheit des Studiums zu verzahnen:

- Die Übergabe von Unterschriften gegen Studiengebühren gab Anlaß, die im Unterschriftentext artikulierten emanzipatorischen Ansprüche der Bürgerschaft vorzutragen.
- Studierende forderten argumentativ die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses in einer durchgesetzten öffentlichen Anhörung heraus.
- Wir nutzten Haushaltslesungen für Bildungsdemos und bekräftigten damit zugleich zuvor gemeinsam bera-

tene Anträge der LINKEN zur sofortigen Abschaffung der Studiengebühren.

Für diesen Sommer plant die angeschlagene Wissenschaftssenatorin einen neuen Anlauf zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes. Dies ist die nächste Gelegenheit, mit einem abgestimmten Agieren von außerparlamentarischer Bewegung, Positionierung der universitären Gremien und parlamentarischer Intervention in der Bürgerschaft die Gebührenfreiheit zu erstreiten.

„General, der Mensch ist sehr brauchbar.

Er kann fliegen und er kann töten.

Aber er hat einen Fehler:

Er kann denken.“

Bertolt Brecht, „General, dein Tank ist ein starker Wagen.“, 1938.

Constantin Braun, DIE LINKE.SDS Universität Hamburg

Dora Heyenn, Wissenschaftspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion

Till Petersen, Liste LINKS Universität Hamburg

Das Buch zur Volksentscheids-Kampagne - PISA-Schock: Was sagt die LINKE?

Bildung für das 21. Jahrhundert – für alle? Rohstoff Mensch. Privatisierung und gewerkschaftlicher Widerstand. Zweiklassen-Staat BRD und die ruinierte Schule. Die Einheitsschulidee. Bildung ist keine Ware. Bildungsfinanzierung. Kommerzialisierung. Bertelsmann. MigrantInnenkinder. Ausbildungsmisere. Lebenslagen von Kindern. Inklusion. Neoliberaler Umbau der Hochschulen. Gesamtschulen in Österreich. Lehrerbildung. Leistungslernen – einige Themen, die in dem 244seitigen Reader ausführlich wiedergeben, wie in der Partei DIE LINKE und anderen linken Gruppen aktuelle Bildungsfragen diskutiert werden. Versucht wird, den neoliberalen bildungspolitischen Zeitgeist, der durch manches Lehrerzimmer und über mancher Elternratssitzung wabert, gründlich auszulüften.

Für die aktuelle Kampagne zum Volksentscheid besonders relevant: die Beiträge zur Bildungspolitik der CDU, zum Zweisäulenmodell in Sachsen, zum „gymnasialen Habitus als Medium der sozialen Selektion“ sowie die „Anmerkungen zur Schulstrukturdebatte“, „Selbstverantwortete Schule – selbstverwalteter Mangel“, „Wir und die Anderen“. Wichtig allesamt, weil die LINKE mit diesen Positionen in die Kampagne geht.

Horst Bethge

PISA-Schock: Was sagt die LINKE? VSA-Verlag, für 10 € auch erhältlich in der Landesgeschäftsstelle, Kreuzweg 7

Der Offene Arbeitskreis Programm

Erste Schritte in einem politischen Schwerpunktvorhaben

Bereits Ende letzten Jahres wurde die Veröffentlichung eines Entwurfes für ein Grundsatzprogramm unserer Partei angekündigt. Damit stand gleichzeitig fest, dass auch in Hamburg eine Reaktivierung und Belebung des Arbeitskreises Programm notwendig war. Seit dem 20.03.2010 liegt der Entwurf vor. Der Weg dahin war nicht leicht: Der Parteaufbau aus zwei Parteien, die Aufgabe der Festigung von Parteistruktur und -organisation, parteiinterne Konflikte und nicht zuletzt eine Vielzahl von Wahlen haben die Vorlage des Programmentwurfs immer wieder verzögert.

Die Vorlage des Entwurfs bedeutete vor allem für die vielen Genossinnen und Genossen in der Partei eine große Erleichterung, die im Fehlen eines Programms und in den Verzögerungen eine fatale Schwäche gesehen hatten. Zu diesen zählen auch die Autoren: Aus unserer Sicht hat DIE LINKE die historische politische Aufgabe, den Diskussionsprozess zu den zentralen gesellschaftlich relevanten Fragen maßgeblich mitzugestalten – sowohl innerhalb der Partei, als auch nach außen. Dazu brauchen wir ein Grundsatzprogramm, das sowohl die kapitalistische Gesellschaft in der wir leben und deren gegenwärtigen Entwicklungsstand analysiert, als auch unsere Zielvorstellungen, die Merkmale und den Weg zu einer sozialistischen Alternative beschreibt.

Politisch-programmatische Texte, die wie z.B. bei unserem Hamburger Sofortprogramm zur letzten Bürgerschaftswahl Kompetenz, Sachverstand und politische Perspektive nach außen signalisieren, haben nach unserer Erfahrung auch eine wichtige solidarisierende Wirkung in unsere Partei hinein. Sie sind – gerade bei aller oft gegebenen Gegensätzlichkeit – ein wesentlicher Teil unserer Identität.

Schon heute lässt sich aus unserer Sicht sagen: Dieser Entwurf zeigt bereits eine positive Wirkung und ist auch nach bisher veröffentlichter Meinung eine gelungene Grundlage für die vor uns liegende Diskussion.

Zeitachse und Ziele

Die Programmdebatte wird im Zeitraum 2010/2011 mit folgenden Zwischenstationen geführt werden,

- September/Oktober 2010: Regionalkonferenzen
- 6. November 2010: bundesdeutscher Programmkonvent
- Herbst 2011: Verabschiedung des Parteiprogramms auf einem Bundesparteitag.

Dieser weit gesteckte zeitliche Rahmen bestimmt die Programmdiskussion, auch im Landesverband Hamburg und ist damit ein politisches Schwerpunktvorhaben. Unser Ziel ist, dass Hamburg in der Programmdebatte ein gewichtiges Wort mitspricht und inhaltliche Impulse setzt.

„Das Parteiprogramm muss der praktischen Politik Orientierung geben, ohne dass es über oder neben der Politik steht. Die Programmdebatte soll das gesellschaftliche Gesamtziel und die Identität der Linken längerfristig bestimmen. Die Programmdiskussion kann gelingen, indem sie an die politischen Erfolge der vergangenen Jahre anknüpft und die Erfahrungen des politischen Neuansatzes in theoretisch fundierte und politisch relevante Positionierungen überträgt“ (Erhard Crome, ND, 15.3.2010).

Der geschäftsführende Landesvorstand erklärt im Dezember 2009:

„Bei dieser Programmdebatte wird es auch darum gehen, in welcher Weise vor dem Hintergrund der keineswegs beendeten Wirtschafts- und Finanzkrise eine Politik der Übergangsforderungen (Sofortprogramm) mit unseren mittel- und langfristigen sozialistischen Perspektiven verbunden werden kann. Diese Frage stellt sich für alle Ebenen unserer politischen Arbeit – von der Kommunal- über die Landes- bis zur Bundespolitik. Auch für Hamburg gilt es, Wahl- und Sofortprogramm entsprechend den dramatisch veränderten Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln“.

Der offene Arbeitskreis Programm organisiert und koordiniert den Gesamtprozess Programmentwicklung im Landesverband Hamburg, hauptverantwortlich ist der Geschäftsführende Landesvorstand. Für die inhaltliche Koordination sind Uli Ludwig und Wolf v. Matzenau verantwortlich.

Im offenen AK Programm

- sind die verschiedenen Strömungen der Partei repräsentiert,
- ist jeder zur Mitarbeit eingeladen und willkommen,
- wird solidarisch und im gegenseitigen Respekt diskutiert,
- wird eigenständig ein Arbeitsprogramm entwickelt,
- wird vorbereitet, die Programmdiskussion in die Partei hineinzutragen, in die Bezirke, Ortsverbände, Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse.

Dies soll keine Einbahnstraße, sondern ein wechselseitiger Prozess werden. Die Ergebnisse der Diskussion in den Parteistrukturen sind dabei für den gesamten Prozess der Meinungsbildung entscheidend. Dazu brauchen wir auch den Austausch und die Zusammenarbeit mit realen und potentiellen Bündnispartnern. Wir streben ebenso eine enge Zusammenarbeit mit Bundesprogrammkommission und der RLS an.

Stand der Arbeit des AK

Der AK hat sich bisher fünfmal getroffen. Es haben regelmäßig ca. 20 – 25 Personen an den Treffen teilgenommen. Diese hohe Teilnehmerzahl dokumentiert das große Interesse an der programmatischen Arbeit und ist Beweis für die solidarische Atmosphäre, in der diskutiert wird.

Ziel der ersten Treffen war es, zu einem inhaltlichen Fundament für die weitere Arbeit zu kommen: Welches sind die wesentlichen Kennzeichen unserer Ausgangslage?

Die bisherige Arbeit konzentrierte sich deswegen auf die Diskussion über Krisenanalysen:

- „Die kapitalistischen Plagen“, „Ein ökologischer Keynesianismus“, „Finanzkrise oder Systemkrise“ (Elmar Altvater),
- „Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen“ (RLS-Institut für Gesellschaftsanalyse),
- „Mehr Demokratie und Freiheit wagen“, Grundsatzrede von Oskar Lafontaine auf dem BT-Wahlparteitag 2009.

Es bestand weitgehende Einigkeit unter den Teilnehmern, dass wir von einem weitgefassten Krisenbegriff ausgehen müssen, also von einer Verflechtung von Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt- und Gesellschaftskrise, und dies der Ausgangspunkt für unsere programmatischen Überlegungen sein soll. Oder wie es Oskar Lafontaine formuliert: Die entscheidende Frage unserer Zeit ist, wie die Politik dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus begegnet.

Auf unserer Sitzung im April 2010 hatten wir erstmals Gelegenheit, das nunmehr vorliegende Programm zu diskutieren und haben dabei den Versuch unternommen herauszuarbeiten, welche Themen vordringlich bearbeitet werden sollten. Die erste Momentaufnahme ergab als Zwischenergebnis folgende Prioritäten:

- Sozialismuskonzeptionen,
- Kapitalismusanalyse und
- Soziale Sicherungskonzepte.

Den Mitgliedern des AK ist bewusst, dass u.a. auch der Themenkomplex Geschlechtergerechtigkeit im Programm kritisch gesehen wird. Aber der AK hat ein bekanntes Problem: Es sind (noch) zu wenige Frauen dabei.

Es gibt eine Vielzahl von Wortmeldungen aus der Partei und der Linken insgesamt, die in die Diskussionsprozesse einfließen sollen. So benennt z.B. das ND in einer aktuellen Artikelserie in der Montagsausgabe „offene Fragen

der Linken“: die Kapitalismusfrage, die Eigentumsfrage, die Klassenfrage, die Frage des Parlamentarismus und der Regierungsbeteiligung, die Militär- und Sicherheitsfrage, und die Frage der politischen Kultur (<http://www.neues-deutschland.de/dossiers/77.html>). Mit diesem Themenkatalog sind gleichzeitig mehrere Konfliktfelder benannt.

Der AK sieht es als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, ohne Vorbehalte Konsense und Dissense zu benennen, die Kontroversen zu markieren und zur Diskussion in den Parteiororganisationen anzuregen.

Dies ist der Start in eine rund achtzehnmonatige Diskussion. Das erscheint zunächst wie ein langer Zeitraum, wir werden uns trotzdem auf eine Auswahl von Themen konzentrieren müssen. Der Entwurf bietet dafür eine gute Diskussionsgrundlage.

Information und Kommunikation

Diskussion auf Bundesebene:

www.die-linke.de/programm/wortmeldungen

Treffen des AK Programm, LV Hamburg:

Jeden 2. Dienstag eines Monats, 19.00 Uhr, Abgeordnetenbüro Curienstr. 2 – Haus am Domplatz

E-Mail wegen Mitarbeit:

ak-programm@lists.die-linke-hh.de

E-Mail wegen Textbeiträgen:

koo-ak-programm@die-linke-hh.de

Veröffentlichungen auf der Website des Landesverbandes:

www.ak-programm.die-linke-hh.de

Koordinatoren:

Uli Ludwig: ulrik.ludwig@hanse.net

Wolf v. Matzenau: matzenau@cdm-hamburg.de

Geplant sind regelmäßige Veröffentlichungen über den Stand der Diskussionen im Landesinfo und „Hamburg Debatte“.



2-4 Säulenmodell HH-Senat 2010: **mehrfache Auslese**

Studium		Ausbildung	
13		Stadteilschule von Jg 7 bis 13 Jg in 7 Jahren zum Abitur	Gymnasium von Jg 7 bis 12 Jg in 6 Jahren zum Abitur
12			Leistung n. 7. Kl. entscheidet über Gym.verbleib
11			betriebl. Ausbildung
10			
9	Förder- Schule		
8	Sonder- Schule		
7		Auslese Zeugniskonferenz, Elternentscheid	
6		Primarschule	
5		gemeinsames Lernen von Jahrgang 1 bis 6	
4		4-6 Unterstufe Kein Sitzenbleiben!	
3		1-3 Grundstufe Kleinere Klassen Englisch ab 1. Klasse	
2			
1			
-1		Kita, Krippe, Tagesmütter	
Jahrgang			

Eine Schule für alle | Konzept DIE LINKE

Studium	
	Oberstufenkolleg mit der Möglichkeit Berufsausbildung + Abitur wissenschafts- und polytechnisch orientiert
18	
17	
16	
15	
14	Eine Schule für Alle gemeinsames Lernen von Jahrgang 1 bis 10 ohne Ziffernnoten wissenschafts- und
13	
12	polytechnisch orientiert Hohe Durchlässigkeit bei kleinen Klassen
11	
10	Inklusion von Schülern mit sonderpäd. Förderbedarf Kein Sitzenbleiben!
9	
8	Jahrgangsübergreifender Unterricht angestrebt!
7	
6	Ganztagschule
5	Vorschule
4	Kindertagesstätte
3	Krippe
2	
1	
Alter	gez. Lars Buchmann